



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 8

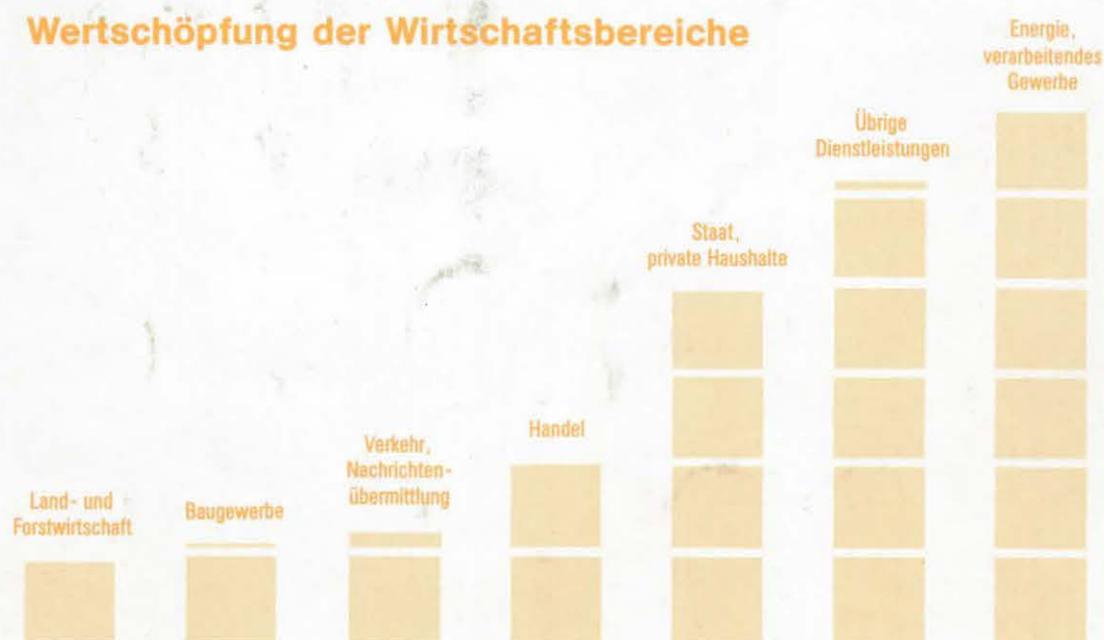
August 1988

Grafik des Monats: Wahlverhalten bei Landtagswahlen

Aufsätze: Landtagswahl 1988
Anlagevermögen

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹					
		Juni 1988		Januar bis Juni 1988	
Beschäftigte	1 000	165	+ 0,4	163	- 0,2
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	16	+ 2,9	15	+ 0,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	621	+ 5,0	564	+ 4,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 247	+ 5,9	3 042	+ 4,2
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 513	+ 8,4	2 303	+ 3,1
Auslandsumsatz	Mill. DM	735	- 2,0	739	+ 7,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 878	+ 18,0	1 909	+ 17,6
aus dem Inland	Mill. DM	1 249	+ 16,0	1 222	+ 11,3
aus dem Ausland	Mill. DM	629	+ 22,4	686	+ 31,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE			197	+ 0,7
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	38	- 7,5	37	- 2,8
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	5	- 5,2	4	+ 10,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	114	- 6,1	93	+ 7,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	443	+ 10,1	289	+ 24,7
Auftragseingang ³	Mill. DM	329	+ 35,9	225	+ 14,8
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	686	- 11,1	590	+ 9,7
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	423	- 21,2	406	+ 8,3
Einzelhandel					
		Mai 1988		Januar bis Mai 1988	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	108,3	+ 4,8	102,2	+ 5,0
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	122,7	+ 5,3	90,3	+ 8,0
Fremdenverkehr ⁵					
		April 1988		Januar bis April 1988	
Ankünfte	1 000	238	- 6,4	154	+ 7,4
Übernachtungen	1 000	1 144	- 5,6	675	+ 10,5
Arbeitsmarkt					
		Juni 1988		Januar bis Juni 1988	
Arbeitslose	Anzahl	101 144	- 3,3	113 504	- 3,1
Außenhandel					
		Mai 1988		Januar bis Mai 1988	
Ausfuhr	Mill. DM
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 650	- 4,6	43 736	- 4,5
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	49 148	+ 2,7	49 039	+ 3,2

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 8/88

	Seite
Aktuelle Auslese	155
Aufsätze	
Die Landtagswahl am 8. Mai 1988	156
Das Anlagevermögen	167
Statistik des Monats	164
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 3/1988
Sozialversicherung in der VGR
Bauhauptgewerbe
- Heft 4/1988
Schleswig-Holstein im Jahre 1987
- Heft 5/1988
Nach-Denken über Datenschutz
Bevölkerungsfortschreibung
Milchkuhassen
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung
Lehrernachwuchs
- Heft 6/1988
Einheitswerte 1983
Vermögensbesteuerung 1983
- Heft 7/1988
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986
Entgelte der Beschäftigten 1984
Studenten

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Bevölkerungsfortschreibung bald auf neuer Basis	5/99
17 Jahre Bevölkerungsfortschreibung	5/110
Bildung und Kultur	
Lehrernachwuchs an den Seminaren	5/112
Studenten heute und vor 10 Jahren	7/145
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbebezahlungen	2/24
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Milchkuhassen in Schleswig-Holstein	5/104
Produzierendes Gewerbe	
Bauhauptgewerbe	3/54
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1986	7/136
Handel und Gastgewerbe	
Handelsvermittlung	1/4
Öffentliche Finanzen	
Einheitswerte 1983	6/116
Vermögensbesteuerung 1983	6/126
Löhne und Gehälter	
Entgelte der Beschäftigten 1984	7/141
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Sozialversicherungen in der VGR	3/44
Verschiedenes	
Systematiken	1/14
Schleswig-Holstein im Jahre 1987	4/63
Zum Nach-Denken über „Datenschutz“	5/96



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 8

August 1988

Aktuelle Auslese

Weiterhin steigende Studentenzahl



Im Sommersemester 1988 waren an den Hochschulen Schleswig-Holsteins 32 512 Studierende eingeschrieben, sieben Prozent mehr als im Sommersemester 1987. An den Universitäten waren es nicht ganz 18 000, zwei Prozent mehr als vor einem Jahr, und zwar 16 676 in Kiel, 1 121 an der Medizinischen Universität Lübeck und 68 an der Nordischen Universität Flensburg. An den pädagogischen Hochschulen stieg die Studentenzahl um ein Prozent auf 1 849, in Flensburg waren es 561 (- 4 %) und in Kiel 1 288 (+ 4 %). An der Musikhochschule Lübeck ging die Studentenzahl um vier Prozent auf 306 zurück.

Die Fachhochschulen erlebten wieder starke Zuwächse, ihre Studentenzahl nahm um 15 % auf 12 500 zu. In Flensburg stieg sie um 28 % auf 1 352, in Kiel um 8 % auf 4 969, in Lübeck um 10 % auf 2 264. An der Fernfachhochschule Rendsburg nahm die Studentenzahl sogar um 56 % auf 2 040 zu, an der Verwaltungsfachhochschule um 5 % auf 878. An der Fachhochschule Wedel ging die Studentenzahl dagegen um 2 % auf 989 zurück.

Starker Rückgang der Geschlechtskrankheiten



Seit drei Jahren ist ein starker Rückgang der gemeldeten Erkrankungen an Geschlechtskrankheiten festzustellen. 1984 waren noch 1 582 Fälle gemeldet worden. 1985 fiel die Erkrankungszahl um 20 %, 1986 um weitere 28 % und 1987 noch einmal um jetzt schon

41 % auf nur noch 540 Erkrankungen. Verglichen mit 1975, als noch 2 404 Erkrankungen gemeldet wurden, bedeutet dies einen Rückgang auf fast ein Fünftel.

Diese Abnahme steht natürlich im engen Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der Immunschwächekrankheit AIDS und zeigt, daß sich die Appelle an die Verantwortlichkeit des Einzelnen und die Angst vor einer möglichen Ansteckung positiv ausgewirkt haben. In den Jahren zwischen 1979 und 1984 war nämlich wieder ein Ansteigen der gemeldeten Geschlechtskrankheiten festzustellen gewesen.

Erkrankt waren 382 Männer und 158 Frauen, wobei die Altersgruppe der 20- bis 25jährigen jeweils am häufigsten betroffen war. 479 der 540 Gemeldeten erkrankten an Tripper, 56 an Syphilis.

Einbürgerungen 1987



1987 erhielten in Schleswig-Holstein 440 Ausländer, darunter 227 Frauen und Mädchen, durch Einbürgerung die deutsche Staatsbürgerschaft. 1986 wurden 545 Einbürgerungen ausgesprochen.

70 der Eingebürgerten waren jünger als 15 Jahre, 357 zwischen 15 und 64 Jahre alt, und 13 waren 65 Jahre und älter.

Die größte Gruppe der Eingebürgerten bildeten 145 polnische Staatsangehörige, gefolgt von 24 Österreichern und 22 Türken.

Die Landtagswahl am 8. Mai 1988

Auflösung des Landtages

Die bekannten Ereignisse und der Rücktritt des Ministerpräsidenten hatten zur Folge, daß die Landesregierung nach der Wahl am 13. September 1987 von einem geschäftsführenden Ministerpräsidenten geleitet wurde. Da sich keine Mehrheit für die Wahl eines Ministerpräsidenten fand, waren sich die Fraktionen einig, daß nur eine Neuwahl Abhilfe schaffen konnte. Voraussetzung dafür war, daß der Landtag aufgelöst wurde und daß der geschäftsführende Ministerpräsident den Antrag gemäß Artikel 31 Absatz 2 Landessatzung stellte. Dies geschah am 9. März 1988, und die Mitglieder des 11. gewählten Landtages gaben dem Antrag ohne Ausnahme ihre Zustimmung. Damit war ein Landtag erstmals in Schleswig-Holstein aufgelöst worden, und der Weg für Neuwahlen war frei. Noch am gleichen Tage bestimmte die Landesregierung den 8. Mai 1988 als Wahltag.

Vor seiner Auflösung hatte der Landtag ein Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 26. Januar 1988 (GVOBl. Schl.-H. S. 51) verabschiedet, das die Fristen für das Wahlvorschlagsverfahren verlängerte, die Anzahl der Unterstützungsunterschriften für die Parteien, die nicht mit mindestens einem für sie in Schleswig-Holstein gewählten Abgeordneten im Bundestag oder Landtag vertreten sind, von 100 auf 50 verminderte und die Grenze, bis zu der die Zahl der Wohnbevölkerung in einem Wahlkreis vom Landesdurchschnitt abweichen darf, von 25 % auf 33 1/3 % heraufsetzte.

Im übrigen galten für die Neuwahl am 8. Mai 1988 das Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Mai 1985 (GVOBl. Schl.-H. S. 135) und die Landeswahlordnung vom 6. November 1986 (GVOBl. Schl.-H. S. 223).

Zugelassene Parteien und Bewerber

An der Wahl zum 12. Schleswig-Holsteinischen Landtag beteiligten sich zwölf Parteien, und damit mehr als jemals zuvor. Folgende Parteien bewarben sich um ein Mandat:

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
GRÜNE	DIE GRÜNEN
SSW	Südschleswiger Wählerverband
UWSH	Unabhängige Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
ÖDP	Ökologisch-Demokratische Partei
FSU	FREISOZIALE UNION — Demokratische Mitte
REP	DIE REPUBLIKANER
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
S-H-P	Schleswig-Holstein-Partei

Die ersten neun Parteien waren auch zur letzten Landtagswahl angetreten — ihre Reihenfolge auf dem Stimmzettel richtet sich nach den damals erhaltenen Stimmen. Die drei anderen Parteien — hier richtet sich die Reihenfolge nach den ausgeschriebenen Parteinamen — beteiligten sich entweder erstmals an einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein (REP und S-H-P) oder kandidierten zuletzt 1979 (NPD).

Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist, daß eine Partei mit mindestens einem für sie in Schleswig-Holstein gewählten Abgeordneten im Bundestag oder Landtag vertreten ist — das trifft für SPD, CDU, F.D.P., GRÜNE und SSW zu — oder daß die Partei die Beteiligung rechtzeitig anzeigt und der Landeswahlausschuß ihre Parteieigenschaft feststellt.

Die teilnehmenden Parteien können Kreiswahlvorschläge und Landeslisten aufstellen. Über ihre Zulassung entscheidet der jeweilige Kreiswahlausschuß oder der Landeswahlausschuß. Neben bestimmten formalen Voraussetzungen, die alle Parteien einhalten müssen, haben die Parteien, die mit keinem Abgeordneten im Bundestag oder Landtag vertreten sind, die bereits genannte Anzahl Unterstützungsunterschriften je Wahlkreis und die Landesliste vorzulegen.

Zu dieser Wahl hatten alle Parteien eine Landesliste aufgestellt. In allen Wahlkreisen kandidierten SPD, CDU, F.D.P., GRÜNE, UWSH, DKP, REP und NPD, während der SSW wie bisher in 14 Wahlkreisen, die ÖDP in 16, die FSU in acht und die S-H-P in 22 gewählt werden konnten.

Insgesamt bewarben sich 511 Kandidaten (1987: 366) um die 74 Landtagssitze. Nicht ganz vier Zehntel der Bewerber, nämlich 199, waren sowohl in einem Wahlkreis als auch in der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Beim SSW standen alle Wahlkreisbewerber auch in der Landesliste und bei der SPD 43 von 44. Dagegen waren es bei der DKP nur vier und bei den GRÜNEN acht von jeweils 44. Die Landeslisten von SPD (62), CDU (61) und SSW (15) wiesen eine größere Zahl von Bewerbern auf, als sie Wahlkreiskandidaten aufgestellt hatten. Die größte Zahl von Bewerbern hatten CDU (68), GRÜNE (64), SPD (63) und DKP (58) aufgeboden und die geringste Zahl FSU (11) und SSW (15).

Von den 74 Abgeordneten des 11. Landtages waren 69 wieder aufgestellt worden. Die SPD (36), die F.D.P. (4) und der SSW (1) benannten ihre Abgeordneten erneut und die CDU 28 von 33. Bemerkenswert, wenn auch nicht überraschend, ist, daß die SPD praktisch mit den gleichen Bewerbern antrat wie im Herbst 1987. Alle Wahlkreisbewerber wurden erneut aufgestellt. In der Landesliste gab es nur auf den hinteren Listenplätzen einen neuen Bewerber, und die Gesamtzahl wurde um einen erhöht. Anders sah es bei der CDU aus. Die Landesliste wies gegenüber 1987 ein deutlich abweichendes Bild auf. Jeder zweite Bewerber war neu auf der Landesliste, weil 13 Bewerber nicht mehr kandidierten, die Gesamtzahl um 17 erhöht worden war und 12 Wahlkreisbewerber zusätzlich auf der Landesliste abgesichert wurden. Außerdem wurde in 29 Fällen der Listenplatz geändert. In 12 Wahlkreisen wurden neue Kandidaten aufgestellt.

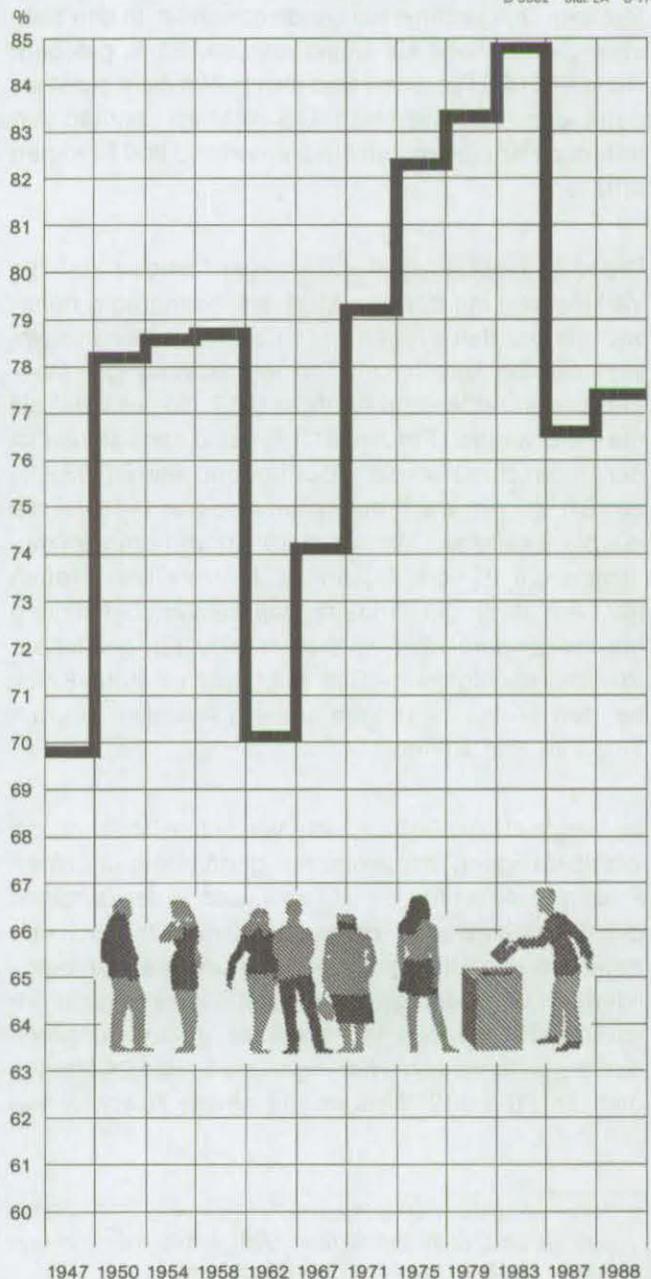
Trotz der höheren Zahl und der neuen Parteien hat sich die Altersstruktur der Bewerber nicht wesentlich geändert. Ein Drittel oder 168 der 511 Kandidaten waren zwischen 40 und 50 Jahre alt, ein Viertel oder 117 zwischen 50 und 60. Unter 21 Jahre alt waren 10 Bewerber und über 69 Jahre alt 20 Bewerber. Nicht ganz jeder vierte Bewerber war eine Frau. Den größten Frauenanteil wiesen die S-H-P, die DKP und die GRÜNEN mit jeweils reichlich einem Drittel auf.

Wahlberechtigte

Zur Landtagswahl am 8. Mai 1988 waren 2,041 Mill. Schleswig-Holsteiner wahlberechtigt und damit knapp 6 000 mehr als im Herbst 1987. Zukünftig ist damit zu rechnen, daß ihre Zahl zurückgeht, da die Spitze der sogenannten geburtenstarken Jahrgänge überschritten ist. Es werden weniger Jugendliche in das Wahlalter hereinwachsen, als Wahlberechtigte durch Tod ausscheiden.

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen

D 5682 Stat. LA S-H



Die Frauen sind weiterhin in der Überzahl. Sie stellen gut eine Million oder 53 % der Wahlberechtigten. Bekanntlich ist das auf die älteren Jahrgänge zurückzuführen, während in den mittleren und jüngeren Jahrgängen die Anteile der Geschlechter ausgeglichen sind oder die der Männer überwiegen.

Wähler

Erfreulicherweise ist die **Wahlbeteiligung** nicht wie befürchtet weiter zurückgegangen, sondern leicht gestiegen. Am 8. Mai 1988 gaben 1,58 Mill. Schleswig-Holsteiner oder 77,4 % aller Wahlberechtigten ihre Stimmen ab. Die Quote ist damit um nahezu einen Prozentpunkt höher als im September 1987 und entspricht fast dem Durchschnitt bei Landtagswahlen. In den siebziger Jahren hatte sie allerdings über 80 % gelegen. Rund 460 000 Personen sind dieses Mal nicht zur Wahl gegangen. Zum Vergleich: Die nicht im Landtag vertretenen Parteien haben zusammen 160 000 Stimmen erhalten.

Die **wahlstatistischen Auszählungen¹** zeigen, daß die Wahlbeteiligung bei den **Männern** geringfügig höher war als bei den **Frauen**. In einzelnen **Altersgruppen** wich sie aber deutlich ab. Die 18- bis 20jährigen Männer gingen bedeutend häufiger (68,7 %) zur Wahl als die gleichaltrigen Frauen (61,9 %), und noch stärker ist der Unterschied bei den 70 Jahre und älteren (83,9 % zu 73,6 %). Am wahlfreudigsten sind nach wie vor die 60- bis 69jährigen Männer (86,9 %) und am wahlmüdesten die 21- bis 24jährigen Männer und Frauen (60,1 %). Auch die Tendenz, daß die Wahlbeteiligung mit steigendem Alter wächst, ist erhalten geblieben. Wie das nachfolgende Bild zeigt, gibt es einen Knick bei den 21- bis 24jährigen und ein Absinken bei den 70 Jahre und älteren.

Im Vergleich zu 1987 hat sich, wie schon erwähnt, die Wahlbeteiligung insgesamt nur geringfügig um einen Prozentpunkt erhöht. Es gibt aber auch in der **Zunahme der Wahlbeteiligung** bemerkenswerte Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Während die Wahlbeteiligung in den Altersgruppen ab 40 Jahre nahezu unverändert geblieben ist, stieg sie in den jüngeren überdurchschnittlich. Hier ragen die 21- bis 24jährigen und die 25- bis 29jährigen mit einem Zuwachs von



3,8 und 3,5 Punkten hervor. Sie blieben aber die Jahrgänge mit der geringsten Wahlbeteiligung (60,1 % und 64,7 %).

In den Wahlkreisen streut die Wahlbeteiligung zwischen 68,4 % (37 - Lübeck-Mitte) und 83,6 % (30 - Plön-Nord). In weiteren fünf Wahlkreisen (14 - Rendsburg-Ost, 31 - Plön-Süd, 25 - Kiel-Nord, 26 - Kiel-Mitte und 9 - Eckernförde) machte sie über 80 % aus. Damit hat sich bestätigt, daß immer wieder dieselben Wahlkreise an der Spitze und am Ende der Wahlbeteiligungsskala liegen.

1) Weitere Angaben siehe Statistischer Bericht B VII 2 — 6/88, „Die Landtagswahl am 8. Mai 1988. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Alter und Geschlecht“

Wähler und Wahlbeteiligung

Wahlkreis	1988	1988	1987	1983
	Wähler	Wahlbeteiligung in %		
1 Flensburg-West	32 349	72,8	71,1	80,8
2 Flensburg-Ost	31 455	78,9	77,6	86,2
3 Flensburg-Land	33 475	80,0	78,7	86,5
4 Südtondern	27 576	74,2	73,6	81,2
5 Husum-Land	32 687	77,6	77,1	85,0
6 Husum-Eiderstedt	32 472	76,9	76,5	83,7
7 Schleswig-West	38 358	79,9	79,4	86,8
8 Schleswig	36 762	79,0	77,9	84,4
9 Eckernförde	37 514	80,1	78,7	85,8
10 Dithmarschen-Nord	34 020	78,5	77,5	85,1
11 Dithmarschen-Süd	35 339	78,4	78,7	85,1
12 Flensburg-West	37 042	79,0	79,2	86,5
13 Rendsburg	33 533	78,1	75,6	84,4
14 Rendsburg-Ost	44 856	83,4	83,1	88,1
15 Neumünster-Nord	36 454	79,3	78,1	85,7
16 Steinburg-Ost	32 972	75,2	74,2	83,0
17 Steinburg-Süd	30 104	78,6	78,8	86,1
18 Elmshorn	39 495	76,0	74,9	84,9
19 Pinneberg -Elbmarschen	37 599	76,9	76,4	86,4
20 Pinneberg	38 592	74,1	74,5	85,1
21 Pinneberg-Nord	41 404	77,3	77,6	86,9
22 Segeberg-Ost	42 840	76,8	75,7	84,7
23 Segeberg-West	43 144	74,9	74,5	84,2
24 Neumünster	28 897	71,7	71,3	81,1
25 Kiel-Nord	31 083	80,4	79,2	85,7
26 Kiel-Mitte	29 252	80,2	78,2	85,1
27 Kiel-West	27 898	75,3	73,1	81,0
28 Kiel-Süd	32 177	77,3	75,2	83,4
29 Kiel-Ost	25 319	72,8	70,7	80,0
30 Plön-Nord	39 504	83,6	82,8	87,9
31 Plön-Süd	38 078	83,1	81,7	88,0
32 Oldenburg	35 401	79,2	78,2	85,1
33 Eutin-Nord	39 864	79,3	78,7	86,0
34 Eutin-Süd	41 780	78,5	77,7	85,7
35 Lübeck-Ost	34 685	76,0	74,7	83,7
36 Lübeck-Süd	32 415	78,2	76,9	84,9
37 Lübeck-Mitte	25 838	68,4	66,4	77,2
38 Lübeck-Nord	33 014	72,8	70,5	81,7
39 Stormarn	43 806	78,1	78,2	85,3
40 Norderstedt	38 512	72,4	72,4	83,8
41 Lauenburg-Ost	43 552	78,4	78,6	86,1
42 Lauenburg-Süd	42 667	76,3	76,4	85,1
43 Reinbek	44 098	77,2	77,1	86,4
44 Ahrensburg	42 583	79,1	78,4	86,6
Schleswig-Holstein	1 580 465	77,4	76,6	84,8

Gegenüber 1987 ist die Wahlbeteiligung in fast allen Wahlkreisen, wenn auch geringfügig, gestiegen. Zum Rekordwahlbeteiligungsjahr 1983 ist der Abstand jedoch sehr groß. In den Wahlkreisen 20 (Pinneberg) und 40 (Norderstedt) macht er über zehn Prozentpunkte aus. Pinneberg gehört auch zu den acht Wahlkreisen, in denen die Wahlbeteiligung 1988 niedriger gewesen ist als 1987.

Der Anteil der Wähler, die von der Briefwahl Gebrauch gemacht haben, war zwar mit 12,5 % nicht ganz so hoch wie letztes Jahr (13,4 %), aber deutlich überdurchschnittlich. Fast 200 000 Wähler nutzten diese Form der Wahl. Hat ein Wahlberechtigter sich einen Wahrschein ausstellen lassen, der ihm ja zunächst nur die Möglichkeit eröffnet, per Briefwahl oder in einem anderen Wahlbezirk seines Wahlkreises abzustimmen, so nimmt er diese Möglichkeit dann fast ausnahmslos wahr. Beinahe 96 % dieser Wahlberechtigten haben auch gewählt. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß Wahlbriefe zurückgewiesen werden, weil sie nicht rechtzeitig eingegangen sind oder andere Formfehler aufweisen. Die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben. Die Wahlbeteiligung der Wahlscheininhaber macht also beinahe 100 % aus.

In den Wahlkreisen streut der Briefwähleranteil zwischen 8,9 % (12 - Rendsburg-West) und 21,0 % (26 - Kiel-Mitte). Die hohen Anteile treten vor allem in städtischen und die niedrigen in ländlichen Wahlkreisen auf. Gegenüber 1987 ist der Anteil in fast allen Wahlkreisen zurückgegangen.

Ungültige Stimmen

Bei dieser Wahl mußte eine ungewöhnlich hohe Zahl von Stimmen für ungültig erklärt werden. Über 13 600 oder 0,9 % der abgegebenen Stimmen waren ungültig, 1987 waren es 0,6 % und 1983 sogar nur 0,3 % gewesen. Eine Sonderauswertung in den für wahlstatistische Auszählungen ausgewählten Wahlbezirken zeigt, daß es überwiegend bewußt ungültige Stimmen sind. Rund drei Viertel von ihnen mußte nämlich für ungültig erklärt werden, weil der Stimmzettel leer oder ganz durchgestrichen war oder weil zusätzliche Eintragungen vorgenommen worden sind. Von den im engeren Sinne ungültigen Stimmen entfiel jede achte auf Stimmzettel mit zwei Kreuzen. Hier kann man unterstellen, daß eine Verwechslung mit der Bundestagswahl vorliegt.

Bemerkenswert ist, daß die Anteile der ungültigen Stimmen vor allem in den Wahlkreisen überdurchschnittlich hoch sind, in denen die CDU 1987 die Wahlkreissieger stellte und auch 1988 relativ am besten abschnitt. Es besteht, nicht überraschend, eine Korrelation zwischen CDU-Anteil und dem Anteil der ungültigen Stimmen. Dabei muß allerdings bedacht werden, daß die Anteile so gering sind, daß sie keine Auswirkungen auf die Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen haben. Der größte Anteil trat im Wahlkreis 12 - Rendsburg-West mit 1,2 % auf und die größte Anzahl in 41 - Lauenburg-Ost mit 497.

Verteilung der gültigen Stimmen

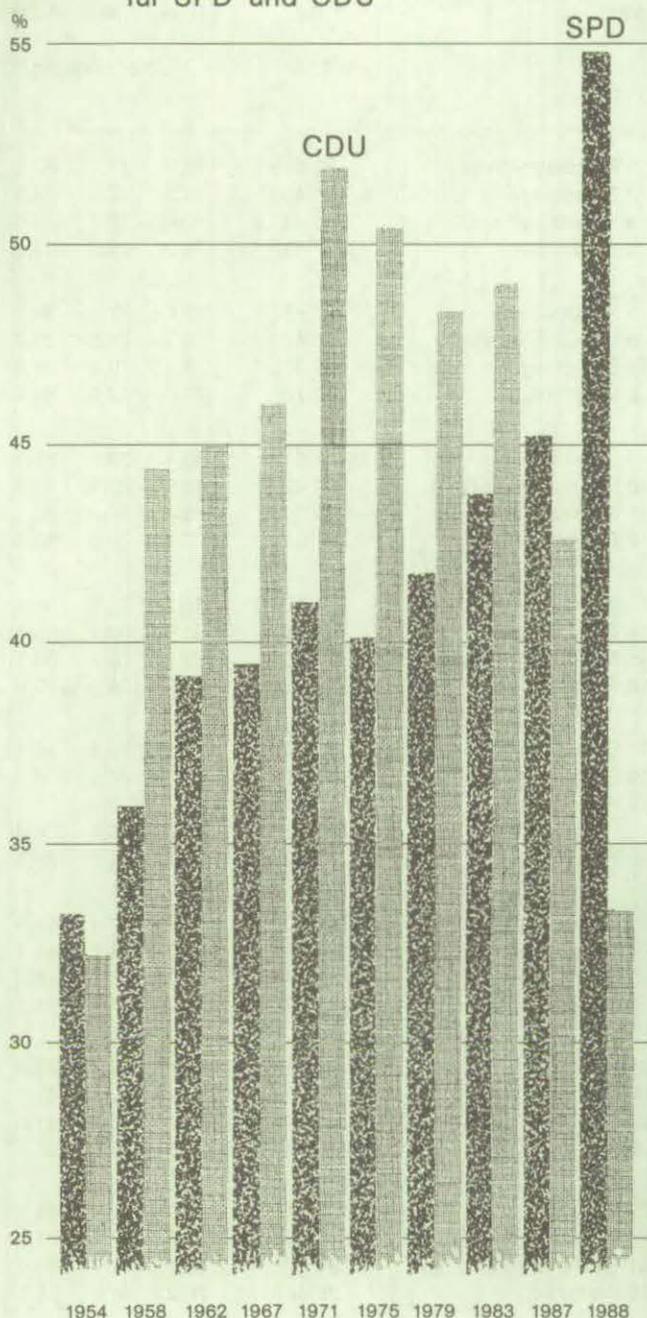
Die SPD ging als eindeutig stärkste Partei aus der Wahl hervor. Sie erhielt 858 000 oder 54,8 % der gültigen Stimmen und damit mehr als jemals zuvor bei einer Wahl in Schleswig-Holstein. Ihr bisher bestes Ergebnis hatte sie bei der Bundestagswahl 1972 mit 48,6 % erzielt. Auch keine andere Partei konnte bislang in Schleswig-Holstein einen so hohen Anteil auf sich vereinigen. Davor war die CDU mit 51,9 %, die sie bei der Landtagswahl 1971 erreicht hatte, Spitzenreiter gewesen. Die SPD verbesserte sich gegenüber der Landtagswahl 1987 um 157 000 Stimmen oder 9,6 Prozentpunkte. Das ist der zweitgrößte Sprung nach vorn bei einer Wahl in Schleswig-Holstein. (Die Zunahmen für die CDU bei den Landtagswahlen 1954 und 1958 sind nicht vergleichbar, weil es 1950 und 1954 Wahlabsprachen gegeben hatte.² Größer war er nur für die CDU bei der Bundestagswahl 1953 mit 16,4 Punkten gewesen. Die SPD konnte ihren Vorsprung gegenüber der CDU von 2,6 auf 21,5 Punkte ausweiten. Einen ähnlich hohen Vorsprung hatte es bis dahin nur für die CDU bei der Bundestagswahl 1953 mit 20,6 Punkten gegeben.

Die CDU hat noch nie bei einer Landtagswahl so schlecht abgeschnitten, wenn man wegen der damaligen Wahlabsprachen von 1950 und 1954 absieht. Sie erhielt 521 000 oder 33,3 % der gültigen Stimmen und damit 139 000 oder 9,3 Punkte weniger als 1987. Gegenüber 1983 sind es sogar 293 000 Stimmen oder 15,7 Punkte weniger.

Zwischen 1958 und 1983 hatte die CDU immer die meisten Stimmen erhalten und 1971 sowie 1975 sogar die absolute Mehrheit erreicht. Einen so tiefen Sturz hatte

² Eine Darstellung dieser damaligen Wahlabsprachen findet sich in Heft 2/1983 dieser Zeitschrift.

Stimmenanteile bei Landtagswahlen für SPD und CDU



bisher nur die SPD 1950 getan, als deren Anteil von 43,8 % auf 27,5 % gesunken war.

Die F.D.P. scheiterte ein weiteres Mal an der 5%-Grenze. Sie kam auf knapp 70 000 oder 4,4 % der gültigen Stimmen und verschlechterte sich gegenüber 1987 um gut 11 000 oder 0,8 Punkte. Im Vergleich zu ihrem bisher schlechtesten Ergebnis 1983 verbesserte sie sich um 34 000 Stimmen oder 2,2 Punkte. Um die 5%-Grenze überspringen zu können, hätte die F.D.P. reichlich 78 000 Stimmen erhalten müssen, also über 8 000 mehr.

Die GRÜNEN blieben auch beim vierten Anlauf zum Einzug in den Landtag erfolglos. Nur 45 000 oder 2,9 % der Wähler stimmten für sie. Sie verloren gegenüber 1987 nicht ganz 16 000 Stimmen oder einen Prozentpunkt. Während ihnen 1987 etwas mehr als 17 000 Stimmen gefehlt hatten, um die 5%-Grenze zu überspringen, waren es dieses Mal reichlich 33 000.

Der SSW hat lange nicht mehr so gut abgeschnitten wie bei dieser Wahl. Er erhielt beinahe 27 000 Stimmen oder 1,7 % und verbesserte sich um gut 3 000 Stimmen oder 0,2 Punkte. Mehr Stimmen hatte er nur bei den Landtagswahlen vor 1962 erhalten. Dem SSW, der bekanntlich nicht der 5%-Klausel unterliegt, hätten weniger als 19 000 Stimmen gereicht, um erneut in den Landtag einzuziehen. Von einem zweiten Sitz ist er jedoch nach wie vor weit entfernt.

Auf die übrigen Parteien entfielen insgesamt 46 000 oder 3 % der gültigen Stimmen. Die NPD kam auf 1,2 %, die UWSH auf 0,8 %, die REP auf 0,6 %, DKP, ÖDP und S-H-P auf jeweils 0,1 %, und die FSU erhielt 0,0 % der Stimmen.

Die schon erwähnten wahlstatistischen Auszählungen zeigen, daß die Stimmenanteile der SPD bei den Männern (55,1 %) und Frauen (54,7 %) fast gleich hoch sind. In den Altersgruppen gibt es nur zwei signifikante Unterschiede: Die 18- bis 24jährigen (+ 4,7 Punkte) und die 60 Jahre und älteren Frauen (+ 1,7 Punkte) stimmten öfter für die SPD als die gleichaltrigen Männer. Am häufigsten gaben die 25- bis 34jährigen (Männer: 64,9 %, Frauen: 65,2 %) ihre Stimme der SPD. Die SPD erhielt in allen Altersgruppen der Männer und Frauen die meisten Stimmen, und, bis auf die 60 Jahre und älteren, auch die absolute Mehrheit. Der SPD-Erfolg wurde also auf breiter Basis errungen. Am kräftigsten trugen jedoch die 25- bis 44jährigen dazu bei. Hier erhielt sie über sechs Zehntel der gültigen Stimmen.

Auch die Zunahme der SPD gegenüber 1987 fand in allen Altersgruppen statt. Am kräftigsten war der Zuwachs bei den 35- bis 44jährigen Frauen mit 13 Punkten, vor den 25- bis 34jährigen Männern mit gut 12 Punkten. Im ungünstigsten Fall (60 Jahre und ältere Männer) waren es immer noch fast sechs Punkte. Das führte dazu, daß die SPD anstelle von drei in acht der

Anteile der Parteien an den gültigen Stimmen nach Geschlecht und Altersgruppen

Ergebnisse der wahlstatistischen Auszählungen der Landtagswahlen

Altersgruppe in Jahren	Von 100 gültigen Stimmen entfallen auf							
	SPD 1988	dagegen 1987	CDU 1988	dagegen 1987	F.D.P. 1988	dagegen 1987	GRÜNE 1988	dagegen 1987
Männer								
18 - 24	55,0	45,6	27,3	36,6	4,0	5,4	6,1	8,1
25 - 34	64,9	52,5	20,0	29,7	3,8	4,8	6,1	9,6
35 - 44	62,6	51,0	24,9	35,5	4,1	5,8	3,1	4,4
45 - 59	53,5	44,2	34,8	44,8	5,5	6,5	1,3	1,2
60 und älter	44,7	39,1	43,4	51,9	3,9	4,6	0,6	/
Zusammen	55,1	45,7	31,7	41,3	4,4	5,5	2,8	3,9
Frauen								
18 - 24	59,7	49,2	24,3	32,5	4,3	5,3	6,7	9,5
25 - 34	65,2	53,9	20,2	28,4	4,2	4,7	7,0	10,2
35 - 44	61,3	48,3	27,7	39,6	4,7	5,4	2,7	3,9
45 - 59	53,3	43,7	36,0	46,3	5,3	5,6	1,4	1,7
60 und älter	46,4	39,2	45,4	53,7	3,6	4,0	0,7	0,6
Zusammen	54,7	44,9	34,3	43,7	4,4	4,9	2,7	3,7
Männer und Frauen								
18 - 24	57,2	47,3	25,9	34,6	4,2	5,3	6,4	8,8
25 - 34	65,1	53,2	20,1	29,1	4,0	4,7	6,5	9,9
35 - 44	62,0	49,7	26,3	37,5	4,4	5,6	2,9	4,1
45 - 59	53,4	43,9	35,4	45,6	5,4	6,1	1,3	1,5
60 und älter	45,8	39,2	44,6	53,0	3,7	4,3	0,7	0,7
Insgesamt	54,9	45,3	33,1	42,6	4,4	5,2	2,8	3,8

zehn Altersgruppen über die absolute Mehrheit verfügt. Bei früheren Wahlen war ihr dies nur bei den jüngsten Wählern gelungen.

Die CDU wird nach wie vor häufiger von Frauen (34,3 %) als von Männern (31,7 %) gewählt. Bis auf die 18- bis 24jährigen trifft das auch für alle Altersgruppen zu. Die CDU verfügt in keiner Altersgruppe über die absolute Mehrheit, während ihr dies 1987 wenigstens unter den 60 Jahre und älteren und 1983 bei denen ab 45 Jahre gelungen war. Am besten schnitt sie unter den 60 Jahre und älteren und am schlechtesten bei den 25- bis 34jährigen ab.

Gegenüber 1987 büßte die CDU in allen Altersgruppen Stimmenanteile ein. Die Verluste waren bei den jüngsten und ältesten Wählern etwas geringer als in den anderen Altersgruppen. Am höchsten waren sie unter den 35- bis 44jährigen (Männer: - 10,6 Punkte, Frauen: - 11,9 Punkte) und am niedrigsten bei den 18- bis 24- und 25- bis 34jährigen Frauen mit jeweils 8,2 Prozentpunkten.

Bei der F.D.P. gibt es keine Unterschiede in den Anteilen zwischen den Geschlechtern und nur geringfügige in den Altersgruppen. Nur bei den 45- bis 59jährigen übersprang sie die 5%-Linie (Männer: 5,5 %, Frauen: 5,3 %). Auch der Rückgang gegenüber 1987 ist überall ziemlich gleich.

Auch bei den GRÜNEN gibt es keine Unterschiede in den Anteilen zwischen den Geschlechtern, jedoch deutliche in den Altersgruppen. Von den jüngeren Wählern erhielten sie über 6 % der gültigen Stimmen und von den 25- bis 34jährigen Frauen sogar 7 %. Dagegen blieben sie bei den ältesten Wählern unter einem Prozent.

Beim SSW sind die Stimmenanteile zwischen Männern und Frauen ebenfalls gleich und in den Altersgruppen gibt es keine deutlichen Unterschiede. Sie sind unter den jüngeren etwas höher als unter den älteren Wählern.

Für die übrigen Parteien ist die Stichprobenbasis zu gering, um fundierte Aussagen machen zu können.

Wahlkreisergebnisse

Sechs Zehntel oder 44 der 74 schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten werden durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen gewählt und die übrigen 30 durch Ver-

hältnisswahl aus den Landeslisten der politischen Parteien auf der Grundlage der im Land abgegebenen Stimmen und unter Berücksichtigung der in den Wahlkreisen erfolgreichen Bewerber.

Die SPD setzte auch in den Wahlkreisen neue Maßstäbe. Sie gewann alle Wahlkreise, was vorher noch keiner Partei gelungen war. In 36 oder acht Zehntel der Wahlkreise erhielt sie die absolute Mehrheit und in acht Wahlkreisen sogar über 60 %. Dabei ragt der Wahlkreis 29 (Kiel-Ost) mit 72,1 % heraus. Aber auch in ihrem relativ schlechtesten Wahlkreis 4 (Südtondern) kam sie noch auf 45,9 %. Der Vorsprung gegenüber der CDU war in allen Wahlkreisen recht deutlich. Am größten war er in den Wahlkreisen 29 (Kiel-Ost) mit gut 13 000 Stimmen oder 52,1 Punkten, 28 (Kiel-Süd) mit fast 13 000 Stimmen oder 40 Punkten und 27 (Kiel-West) mit reichlich 12 000 Stimmen oder 44,4 Punkten. Am geringsten war er in den Wahlkreisen 12 (Rendsburg-West) mit etwas mehr als 2 000 Stimmen oder 6 Punkten, 4 (Südtondern) mit gut 2 000 Stimmen oder 8,7 Punkten und 7 (Schleswig-West) mit reichlich 2 000 Stimmen oder 6,5 Punkten.

Die Hochburgen der SPD befinden sich nach wie vor in den kreisfreien Städten. In allen 13 Wahlkreisen, die ganz oder teilweise zu kreisfreien Städten gehören, errang sie die absolute Mehrheit, und in sieben von ihnen über 60 %.

Die SPD verbesserte sich in allen Wahlkreisen gegenüber 1987. Die Zunahmen streuten zwischen 11,4 Punkten in 26 (Kiel-Mitte) und 7,4 Punkten in 6 (Husum-Eiderstedt). Nachdem die SPD der CDU 1987 schon 17 Wahlkreise abgenommen hatte, eroberte sie 1988 die restlichen 16. Die größten Gewinne verbuchte die SPD in den an Hamburg angrenzenden Wahlkreisen und die geringsten in denen an der Westküste.

Die CDU stellte keinen Wahlkreissieger. Sie verlor, wie schon erwähnt, auch noch die letzten 16 an die SPD. Nur in zwei Wahlkreisen erhielt die CDU mehr als 40 %, und zwar in 7 (Schleswig-West) mit 40,1 % und 12 (Rendsburg-West) mit 41,7 %. Demgegenüber blieb sie in neun Wahlkreisen unter 30 %. Darunter befindet sich auch der Wahlkreis 29 (Kiel-Ost), in dem die CDU schon immer auf verlorenem Posten stand. Hier kam sie lediglich auf 20 % der gültigen Stimmen.

Die CDU mußte in allen Wahlkreisen Verluste gegenüber 1987 hinnehmen. Im Wahlkreis 42 (Lauenburg-Süd) waren sie mit nicht ganz 6 000 Stimmen oder 13,2

Verteilung der gültigen Stimmen 1988

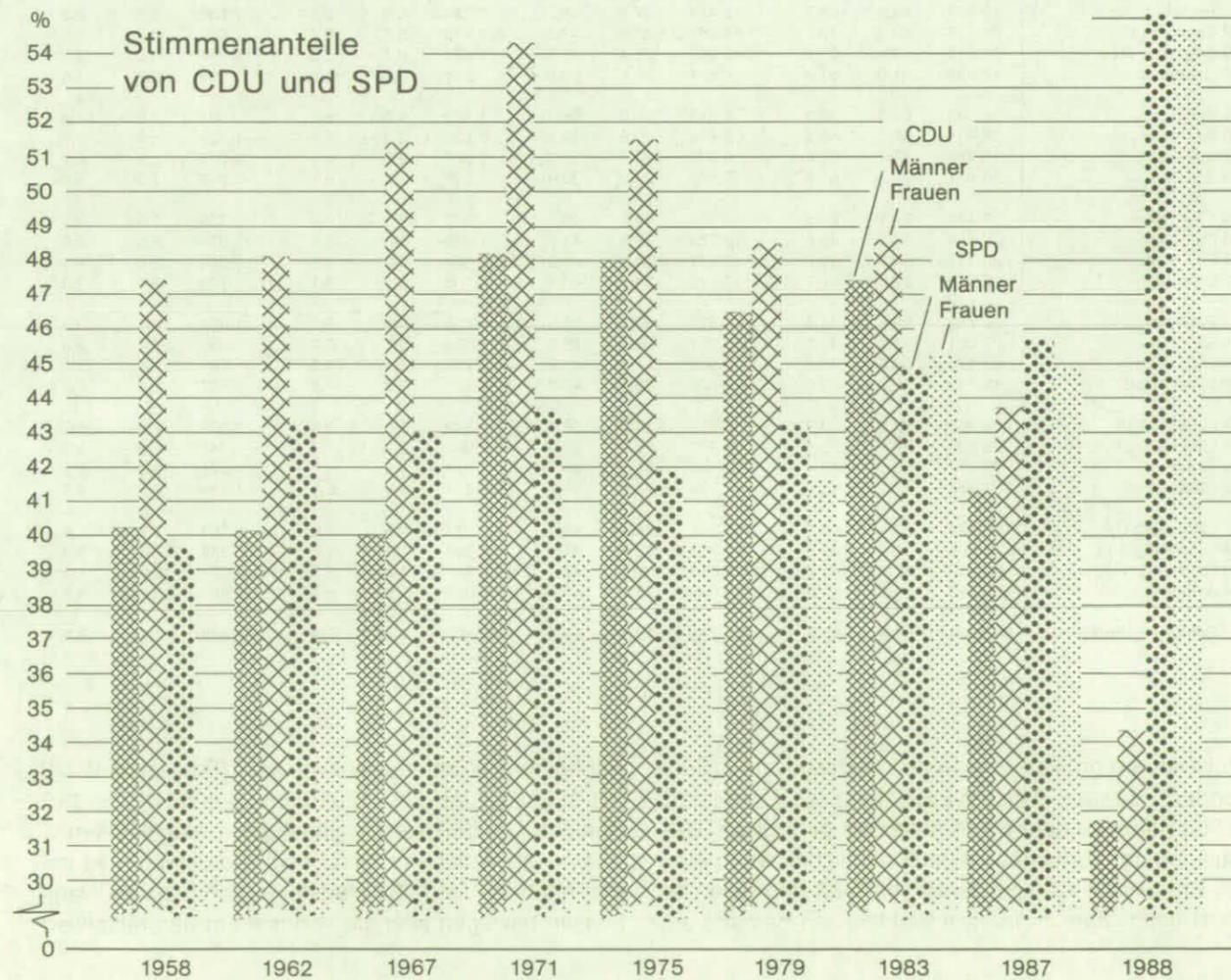
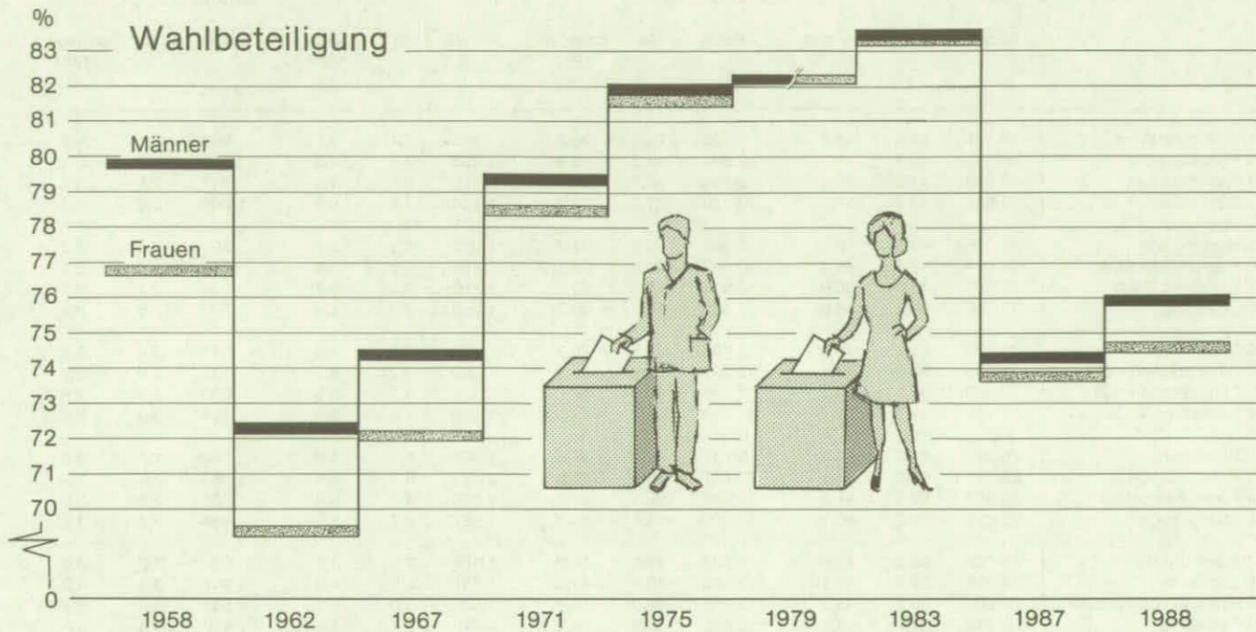
Wahlkreis	Von den gültigen Stimmen entfallen auf											
	SPD			CDU			F.D.P.			GRÜNE		
	Anzahl	%	dagegen 1987 %	Anzahl	%	dagegen 1987 %	Anzahl	%	dagegen 1987 %	Anzahl	%	dagegen 1987 %
1 Flensburg-West	16 378	50,8	41,4	7 508	23,3	30,5	886	2,7	3,1	985	3,1	4,2
2 Flensburg-Ost	15 735	50,3	41,1	9 841	31,5	39,9	1 203	3,8	4,6	812	2,6	3,4
3 Flensburg-Land	15 798	47,5	38,5	10 886	32,8	40,9	1 160	3,5	4,3	847	2,5	3,5
4 Südtondern	12 564	45,9	37,7	10 186	37,2	43,6	1 220	4,5	5,8	1 066	3,9	5,3
5 Husum-Land	15 755	48,5	40,3	11 965	36,9	43,3	1 375	4,2	5,7	805	2,5	3,2
6 Husum-Eiderstedt	17 034	52,8	45,4	10 143	31,4	38,1	1 497	4,6	5,9	873	2,7	3,5
7 Schleswig-West	17 683	46,6	36,9	15 215	40,1	48,2	1 459	3,8	4,7	806	2,1	3,0
8 Schleswig	19 798	54,2	45,6	11 368	31,1	39,3	1 290	3,5	4,4	705	1,9	2,9
9 Eckernförde	20 663	55,5	46,9	12 100	32,5	40,9	1 490	4,0	4,6	911	2,4	3,5
10 Dithmarschen-Nord	17 953	53,3	43,4	12 220	36,3	44,3	1 399	4,2	5,8	732	2,2	2,7
11 Dithmarschen-Süd	19 036	54,5	45,8	12 356	35,4	42,7	1 438	4,1	5,3	809	2,3	2,9
12 Rendsburg-West	17 469	47,7	38,1	15 278	41,7	49,7	1 552	4,2	5,5	904	2,5	3,6
13 Rendsburg	20 389	61,3	52,0	9 648	29,0	37,8	1 306	3,9	4,9	580	1,7	3,0
14 Rendsburg-Ost	23 777	53,4	44,3	15 587	35,0	43,2	2 277	5,1	6,6	1 068	2,4	3,9
15 Neumünster-Nord	20 802	57,5	47,9	11 687	32,3	41,0	1 620	4,5	6,0	1 022	2,8	3,8
16 Steinburg-Ost	18 010	55,2	46,1	11 300	34,6	44,0	1 527	4,7	4,7	935	2,9	3,7
17 Steinburg-Süd	16 766	56,3	47,6	9 820	33,0	41,2	1 169	3,9	4,1	939	3,2	4,0
18 Elmshorn	22 935	58,7	49,1	11 885	30,4	40,8	1 751	4,5	4,6	1 307	3,3	4,2
19 Pinneberg-Elbmarschen	20 807	55,8	45,9	12 258	32,9	42,8	1 871	5,0	5,2	1 246	3,3	4,7
20 Pinneberg	20 742	54,2	44,4	12 430	32,5	44,2	2 370	6,2	6,0	1 472	3,8	4,5
21 Pinneberg-Nord	19 777	48,2	38,7	15 488	37,8	49,2	2 783	6,8	6,5	1 260	3,1	3,8
22 Segeberg-Ost	21 573	50,9	40,7	16 037	37,9	47,5	2 176	5,1	6,4	1 079	2,5	3,6
23 Segeberg-West	21 213	49,7	39,1	15 965	37,4	48,8	2 873	6,7	7,3	1 297	3,0	3,7
24 Neumünster	17 496	61,0	51,8	8 621	30,1	40,0	951	3,3	4,0	798	2,8	3,4
25 Kiel-Nord	18 943	61,3	52,0	8 313	26,9	36,0	1 423	4,6	5,9	801	2,6	4,2
26 Kiel-Mitte	16 914	58,1	46,7	8 614	29,6	38,1	1 522	5,2	6,4	1 329	4,6	7,9
27 Kiel-West	18 704	67,4	56,9	6 379	23,0	31,3	885	3,2	4,1	1 073	3,9	6,7
28 Kiel-Süd	20 871	65,2	55,3	8 066	25,2	33,7	1 225	3,8	5,1	966	3,0	4,9
29 Kiel-Ost	18 141	72,1	63,5	5 030	20,0	28,2	572	2,3	2,9	735	2,9	4,5
30 Plön-Nord	22 754	58,1	48,8	12 733	32,5	41,2	1 698	4,3	5,4	974	2,5	3,6
31 Plön-Süd	20 737	54,9	44,8	13 171	34,9	43,8	1 567	4,2	5,6	1 064	2,8	4,1
32 Oldenburg	19 786	56,5	47,7	12 175	34,8	43,7	1 103	3,1	4,1	749	2,1	2,9
33 Eutin-Nord	20 852	52,8	43,9	14 878	37,7	45,9	1 506	3,8	5,2	1 004	2,5	3,5
34 Eutin-Süd	22 021	53,2	45,1	15 251	36,9	45,6	1 690	4,1	5,4	989	2,4	3,0
35 Lübeck-Ost	20 176	58,6	49,5	10 929	31,8	42,3	1 237	3,6	4,3	787	2,3	3,0
36 Lübeck-Süd	18 199	56,6	46,6	10 606	33,0	43,2	1 250	3,9	4,8	987	3,1	4,3
37 Lübeck-Mitte	16 208	63,3	53,2	6 728	26,3	36,9	742	2,9	3,6	1 033	4,0	5,3
38 Lübeck-Nord	20 523	62,6	53,1	9 373	28,6	39,0	1 008	3,1	3,7	741	2,3	3,1
39 Stormarn	23 211	53,6	43,4	15 145	35,0	46,1	2 094	4,8	5,3	1 321	3,0	3,9
40 Norderstedt	21 755	57,0	45,9	11 899	31,2	43,0	2 241	5,9	6,1	1 224	3,2	4,1
41 Lauenburg-Ost	21 691	50,4	40,5	16 344	38,0	49,2	1 971	4,6	5,3	1 259	2,9	3,4
42 Lauenburg-Süd	23 005	54,5	43,6	14 300	33,9	47,1	1 929	4,6	4,3	1 378	3,3	3,9
43 Reinbek	22 419	51,3	41,0	15 510	35,5	47,1	2 962	6,8	6,7	1 621	3,7	4,4
44 Ahrensburg	20 893	49,5	40,2	16 028	38,0	47,0	2 352	5,6	6,5	1 605	3,8	4,9
Schleswig-Holstein	857 956	54,8	45,2	521 264	33,3	42,6	69 620	4,4	5,2	44 898	2,9	3,9

Punkten am größten, und in den Wahlkreisen 4 (Südtondern) sowie 5 (Husum-Eiderstedt) mit jeweils fast 2 000 Stimmen oder 6,4 Punkten am geringsten. Das Ausmaß der Verluste wird noch deutlicher, wenn man die Ergebnisse 1988 mit denen von 1983 vergleicht. Die CDU verlor danach in zwei Wahlkreisen beinahe ein

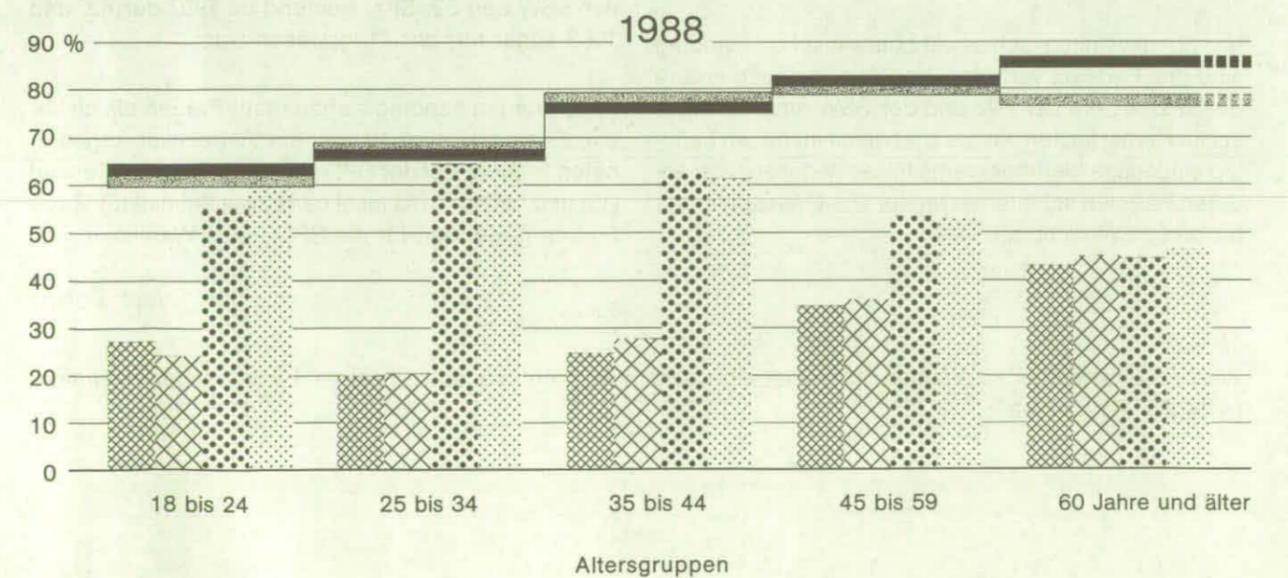
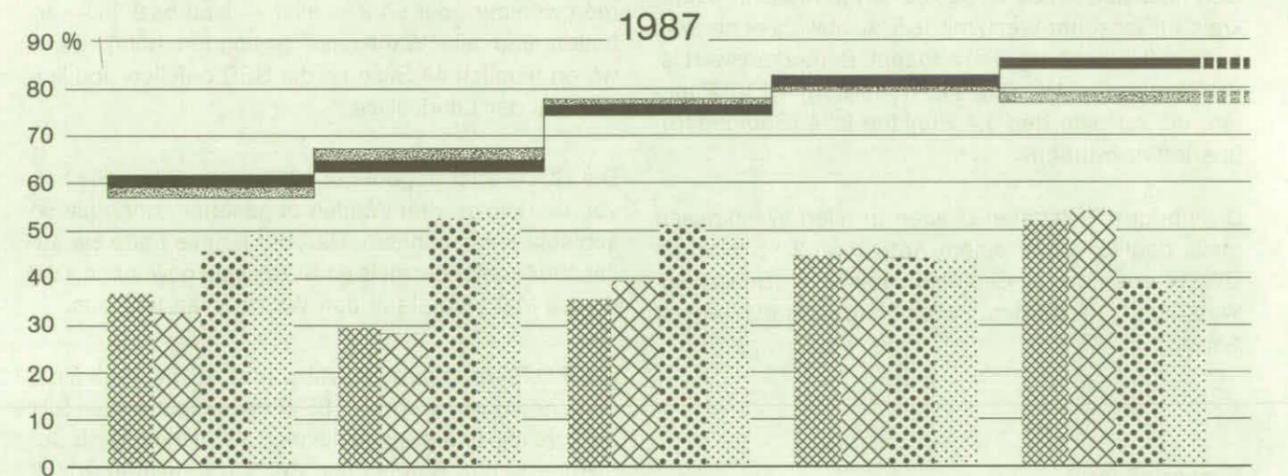
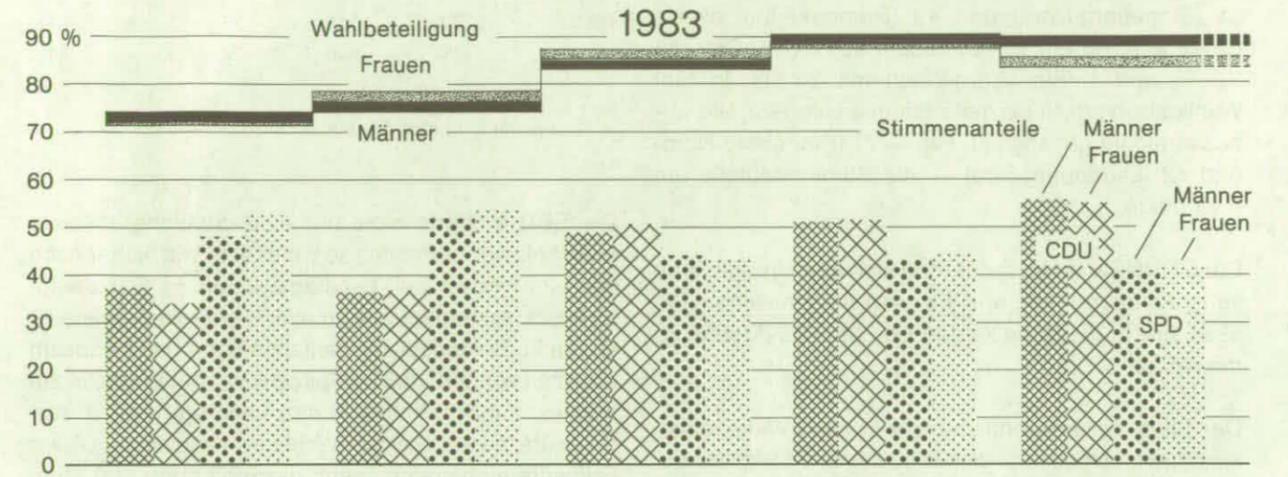
Fünftel ihrer Wähler, und zwar in 7 (Schleswig-West) mit 18,7 Punkten und 12 (Rendsburg-West) mit 18,9 Punkten. In den relativ günstigsten Wahlkreisen 1 (Flensburg-West) und 38 (Lübeck-Nord) waren es immer noch 11,6 und 13,4 Punkte. In den meisten Wahlkreisen bewegen sich die Verluste um den Mittelwert

Wahlverhalten der Männer und Frauen bei Landtagswahlen

— Ergebnisse der wahlstatistischen Auszählungen —



Wahlbeteiligung und Stimmenanteile nach Altersgruppen



von 15,7 Punkten. Die CDU ist also nicht nur in einigen Wahlkreisen eingebrochen, sondern im ganzen Land.

Die F.D.P. übersprang nur in acht Wahlkreisen die 5%-Linie. Am besten schnitt sie in den Wahlkreisen 21 (Pinneberg-Nord) und 43 (Reinbek) mit jeweils 6,8 % ab, und am schlechtesten in 29 (Kiel-Ost) mit 2,3 % und 1 (Flensburg-West) mit 2,7 %. In fünf Wahlkreisen erhielt sie mehr Stimmen als 1987. Sie verbesserten im günstigsten Fall — 21 (Pinneberg-Nord) und 42 (Lauenburg-Süd) — die Stimmenanteile um 0,3 Punkte.

Die GRÜNEN verschlechterten sich in allen Wahlkreisen gegenüber 1987, und sie erreichten in keinem die 5%-Linie. In die Nähe kamen sie nur in 26 (Kiel-Mitte) mit 4,6 %.

Der SSW, der bekanntlich nicht in allen Wahlkreisen kandidiert, verbesserte sich in 12 seiner 14 Wahlkreise. Den höchsten Anteil verbuchte er abermals im Wahlkreis 1 (Flensburg-West) mit 18,5 %, obwohl er hier wie auch in 2 (Flensburg-Ost) abnahm. Bemerkenswert ist die Zunahme im Wahlkreis 25 (Kiel-Nord) mit 1,2 Punkten, die nur von den 1,4 Punkten in 4 (Südtondern) übertroffen wurden.

Die übrigen 7 Parteien blieben in allen Wahlkreisen meist deutlich unter einem Anteil von 2 %. Nur die UWSH erreichte in den Wahlkreisen 7 (Schleswig-West) und 10 (Dithmarschen-Nord) gerade diesen Anteil.

Sitzverteilung

Im 12. gewählten schleswig-holsteinischen Landtag sind drei Parteien vertreten. Von den 74 Sitzen errang die SPD 46, die CDU 27 und der SSW einen. Anders als im Herbst letzten Jahres sind damit im neuen Landtag eindeutige Mehrheitsverhältnisse gegeben. Alle anderen Parteien scheiterten an der 5%-Grenze, die nur für den SSW nicht gilt.

Weitere Ergebnisse zu Wahlen in Schleswig-Holstein können Sie aus unserem Bildschirmtextprogramm (* 44450 #) abrufen.

Sitze	Insgesamt	SPD	CDU	F.D.P.	SSW
1975	74 ^{a)}	30	38	5	1
1979	74 ^{a)}	32	37	4	1
1983	74	34	39	-	1
1987	74	36	33	4	1
1988	74	46	27	-	1
		46	27	5	1

a) Für die um 1 erhöhte Sitzzahl ab 1983 berechnet

Die SPD eroberte nicht nur eine deutliche absolute Mehrheit, sondern auch so viele Sitze wie bisher noch nie eine Partei bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Auch der Gewinn aller 44 Direktmandate ist einmalig. Bei dieser Konstellation hätte das Kuriosum eintreten können, daß ihr Spitzenkandidat Engholm zumindest zunächst nicht in den Landtag gewählt worden wäre, da er in keinem Wahlkreis kandidierte. Dieser Fall wäre eingetreten, wenn die SPD gut 8 000 Stimmen weniger oder 54,2 % aller — statt 54,8 % — erhalten und alle Wahlkreise gewonnen hätte. Dann wären nämlich 44 Sitze an die SPD gefallen und keiner aus der Landesliste.

Die CDU verlor gegenüber 1987 sechs Sitze. Sie hat, von den ersten drei Wahlen abgesehen, noch nie so schlecht abgeschnitten. Darüber hinaus hatte sie außer 1987 immer die meisten Sitze direkt gewonnen, und dieses Mal ging sie in den Wahlkreisen leer aus.

Die F.D.P. verlor ihre vier Sitze und ist wie 1983 nicht im Landtag vertreten. Der SSW verteidigte seinen Sitz erfolgreich, und zwar deutlicher als bisher. Nach der d'Hondt'schen Berechnung der Sitzverteilung erhielt der SSW den 52. Sitz, während es 1987 der 62. und 1983 sogar nur der 71. gewesen war.

In den neuen Landtag ziehen mehr Frauen als bisher ein. Es sind nämlich 18 oder ein Viertel aller Abgeordneten Frauen. Bei der SPD sind es knapp drei Zehntel (13) und bei der CDU nicht ganz zwei Zehntel (5). Zwölf Frauen gewannen für die SPD einen Wahlkreis.

Walter Dahms

Das Anlagevermögen

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen messen das Ergebnis wirtschaftlicher Tätigkeit einer Region in einem bestimmten Zeitraum. Einige der nachgewiesenen Werte sind „pro Kopf“ bezogen, z. B. als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen oder als Bruttosozialprodukt je Einwohner. So lassen sich unterschiedliche Wirtschaftsbereiche oder Regionen besser miteinander vergleichen.

Eine dieser Bezugsgrößen ist die Produktivität, das Verhältnis von Produktionsergebnis zu Faktoreinsatz. Sie wird meistens je Erwerbstätigen gemessen, d. h. auf den Faktor Arbeit bezogen. Die Arbeitsproduktivität ist aber als Maß für die Effizienz des Faktoreinsatzes nur bedingt geeignet, jedenfalls solange sie pro Kopf gemessen wird. Zunehmende Teilzeitarbeit, Kurzarbeit und Überstundenproduktion erfordern eigentlich den Bezug je Arbeitsstunde. Das jedoch ist von der Datelage her zur Zeit nicht möglich.

Die Betrachtung des Produktionsfaktors Kapital hat deshalb an Bedeutung gewonnen. Vor allem aber ist in den letzten Jahren der Zielkonflikt zwischen Rationalisierung und Behauptung von Wettbewerbspositionen einerseits und Arbeitsmarktentlastung andererseits sehr scharf hervorgetreten. Dieser Zielkonflikt gilt aber nicht allenthalben. Auf expandierenden Märkten gehen Zuwächse des Kapitalstocks mit neuen Arbeitsplätzen einher, beide Entwicklungen bedingen einander. Es ist differenziert zu analysieren. Das Statistische Bundesamt hat 1979 seine Anlagevermögensrechnung erweitert, sie war auch schon vorher ein wichtiger und fester Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gewesen. Eine ausführliche Darstellung der Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes mit dem Titel „Reproduzierbares Anlagevermögen nach Wirtschaftsbereichen“ findet sich in Heft 6/1979 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“.

Für die Bundesländer gab es Daten zum Produktionsfaktor Kapital bislang rudimentär, nämlich als Investitionen und als Abschreibungen. Kapitalstockberechnungen auf Länderebene hatte bisher nur Baden-Württemberg durchgeführt.¹ Der Arbeitskreis Volkswirt-

schaftliche Gesamtrechnungen der Länder wird erstmals im Herbst 1988 eine Gemeinschaftsveröffentlichung zum Anlagevermögen in allen Bundesländern vorlegen. Im folgenden sollen die Probleme, aber auch der Erkenntniswert dieser Zahlen näher erläutert werden.

Was heißt Anlagevermögen?

Der Begriff „Anlagevermögen“ ist aus dem Bilanzrecht geläufig. Das Handelsgesetzbuch definiert in § 266 die Gliederung einer Bilanz. Der Bilanzbuchhalter rechnet demnach zum Anlagevermögen die Sachanlagen, die Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere usw.) und die immateriellen Vermögensgegenstände (Konzessionen, Lizenzen usw.). Die Sachanlagen gliedert das HGB in

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken
2. technische Anlagen und Maschinen
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau.

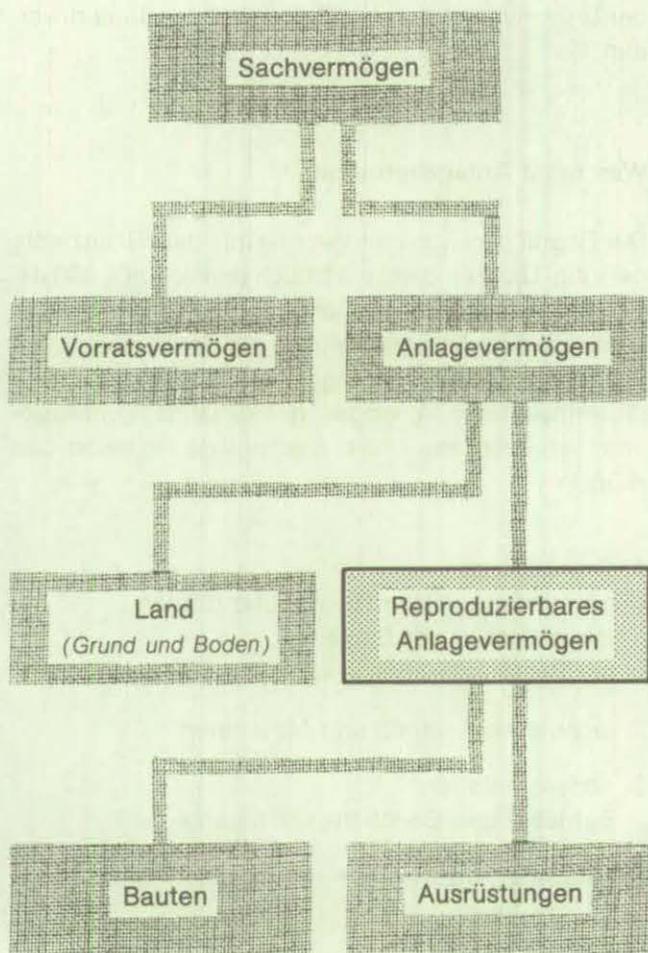
Zum Anlagevermögen, wie es in der VGR berechnet wird, zählen uneingeschränkt nur die zweite und dritte Kategorie der o. g. Sachanlagen. Von den Immobilien rechnen nur die Bauten dazu, und zwar auch die noch nicht völlig fertiggestellten.

In der VGR zählen also weder Grund und Boden noch immaterielle Anlagewerte oder Finanzanlagen zum Anlagevermögen, sondern nur das, was physisch im Produktionsprozeß eingesetzt ist, damit dem Verschleiß unterliegt und deshalb mit dem Adjektiv „reproduzierbar“ präzisiert wird. Dieses Adjektiv wird im folgenden aus Vereinfachungsgründen weggelassen.

Das Ausmaß, in dem die Reproduktion zu erfolgen hätte, um das Anlagevermögen am Ende einer Produktionsperiode wieder in denselben Stand wie an ihrem

1) Eine Darstellung dieser Berechnung findet sich bei I. Walter, Zur Anlagevermögensberechnung in Baden-Württemberg, in: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg, Heft 1/1982

Anfang zu versetzen, sind die Abschreibungen. Was tatsächlich an Reproduktion oder darüber hinaus an Aufstockung des Anlagevermögens in dieser Periode stattgefunden hat, sind die Anlageinvestitionen. Ihre Definition und Berechnung wird in einem gesonderten Abschnitt unten dargestellt.



D 5686 Stat. LA S-H

Wenn auch der Produktionsfaktor Boden prinzipiell von der Rechnung ausgeschlossen ist: Meliorationsaufwendungen, Aufforstungen, Fischteichanlagen, Aufschließungen von Bodenschätzen u. ä. m. zählen als Investition und als Zugang zum Anlagevermögen, sie werden entsprechend auch abgeschrieben.

Nicht nur den Boden, sondern auch die übrige Umwelt kann man als Produktionsfaktor ansehen. Ihren „Verzehr“ in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu berücksichtigen ist schon häufig gefordert worden. Es gibt Bestrebungen, dieser Forderung nachzukommen und langfristig die Berechnungen der VGR ent-

sprechend auszudehnen.² Noch aber sind Boden und Umwelt keine Vermögenswerte der VGR. Für die Abgrenzung des Anlagevermögens ist der direkte Bezug zur Produktion ausschlaggebend. Auch die dauerhaften Güter der privaten Haushalte zählen nicht dazu,³ ebenso nicht das Humankapital.

Die Abgrenzung des Anlagevermögens zu den Vorleistungen erfolgt wie im Handelsrecht: dauerhafte, aber geringwertige Güter wie z. B. kleinere Werkzeuge, Büroutensilien oder Autoreifen werden bei ihrer Anschaffung nicht als Vermögenszugang, sondern als Materialverbrauch (Vorleistungen) gebucht. Was Reparaturen anbelangt, gibt es wieder Unterschiede zwischen Buchhaltung und VGR: lebenszeitverlängernde oder deutlich produktivitätssteigernde Maßnahmen bucht die VGR als Vermögenszugang, Ausgaben zur Substanzerhaltung, z. B. auch Malerarbeiten, sind Vorleistungsverzehr.

Der Begriff „Vermögen“ taucht in der VGR (hier: nur des Bundes) außerdem noch im „reproduzierbaren Sachvermögen“ auf: Das ist die Zusammenfassung von reproduzierbarem Anlagevermögen und Vorratsbeständen. Auch die Aufteilung des Sachvermögens auf Anlagen und auf Vorräte bedarf der Klärung von Zweifelsfragen. So zählen unfertige Maschinen und andere im Bau befindliche Ausrüstungen zu den Vorräten, unfertige Bauten aber bereits zu den Anlagen. Landwirtschaftliche Produkte und Vorprodukte wie Treibstoff, Saatgut, Dünger usw., aber auch Schlacht- und Mastvieh zählen zu den Vorräten. Zuchttiere und Milchkühe sollen zwar nach der internationalen Empfehlung dem Anlagevermögen zugeordnet werden,⁴ aber in der Bundesrepublik Deutschland zählt man auch sie zu den Vorräten, weil sie hierzulande im allgemeinen nicht als Produktionsfaktor angesehen werden.

2) Eine zusammenfassende Darstellung dieser Problematik findet sich bei A. Ryll/ D. Schäfer, Satellitensystem „Umwelt“, in Bd. 6 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Hrsg.: Statistisches Bundesamt, Stuttgart, Mainz, 1988. In Band 4 derselben Schriftenreihe (erschienen 1986) gibt es einen Beitrag, der sich mit dem Vermögensbegriff unmittelbar auseinandersetzt: L. Schmidt, Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

3) In Heft 2/1985 seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ hat das Statistische Bundesamt einmalig auch schon Zahlen zum „Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte“ (so auch der Aufsatztitel) vorgelegt

4) A System of National Accounts, Hrsg.: United Nations, New York 1968, S. 115

Eine Besonderheit gilt für dauerhafte militärische Güter, und zwar auch für Kasernengebäude, Militärflugplätze und andere Bauwerke: Internationaler Konvention folgend werden sie, wenn sie gekauft werden oder als Bauwerk entstehen, nicht als Investition und dann als Anlagevermögen gebucht, sondern als Vorleistungsverzehr. Sie zählen damit zum Staatsverbrauch des Anschaffungsjahres, auch wenn zwischen Rüstungs- und Ausrüstungsgütern sprachlich nur ein kleiner Unterschied besteht.

Wie wird bewertet?

Die Bewertungskonzepte des Anlagevermögens lassen sich am vereinfachten Beispiel eines Bauunternehmens mit nur einem Anlagegut erläutern: Dieses Gut sei ein LKW mit einer Leistungsstärke von 200 PS, den es Anfang 1984 zum Neupreis von 100 000 DM gekauft hat und dessen Lebensdauer mit fünf Jahren veranschlagt wird. Die Wertminderung erfolge linear. Für das Anlagevermögen am Beginn des Produktionsjahres 1987 sind zunächst folgende Fragen (und Antworten) denkbar:

1. Wie hoch ist der Anschaffungswert und wie hoch ist der nach Abzug aller verbrauchsbedingter Wertminderung verbleibende Rest davon? Antwort: 100 000 DM bzw. 40 000 DM.
2. Wieviel müßte der Bauunternehmer Anfang 1987 bezahlen, wenn er einen LKW gleicher Leistung und Ausstattung kaufen müßte? Auch hier wäre zu präzisieren, ob der Neuwert oder der dem Abnutzungsgrad entsprechende Restwert davon gemeint ist. Bei einem höheren Neuwertansatz von angenommen 120 000 DM wäre der Restwert 48 000 DM.

Die Unterschiede in der Fragestellung, die mit dem Wertansatz zu tun haben, lassen sich so auch auf die Anlagevermögensrechnung übertragen. Für beide Fragestellungen werden Zahlen geboten: Die Bewertung zu Anschaffungspreisen entspricht den Prinzipien für Steuer- und Handelsbilanzen. Die nach diesem Konzept ermittelten Zahlen des Anlagevermögens lassen sich — von den genannten definitiven Besonderheiten einmal abgesehen — für Branchenanalysen mit bilanzbezogenen Werten verwenden. Für die Bundesländer allerdings wird die Berechnung zu Anschaffungspreisen nicht durchgeführt.

Die Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen erfordert eine jährliche Umbewertung aller im Bestand des Anlagevermögens befindlichen Güter. Ihr Wertansatz erfolgt zum Preisniveau am Anfang der Produktionsperiode, paßt also zu dem für die dann erzeugten Güter und Dienste. Da sowohl Neu- als auch Restwerte laufend aktualisiert werden, werden es als deren Differenz zwangsläufig auch die Abschreibungen.

Das Anlagevermögen zum Neuwert erhält den Wortzusatz „brutto“, das zum Restwert die Bezeichnung „netto“. In Kombination mit beiden Bewertungsansätzen — Anschaffung oder Wiederbeschaffung — ergeben sich zunächst vier verschiedenen definierte Niveaus des Anlagevermögens. Will man die Abhängigkeit des Niveaus von der Preisentwicklung ausschalten, muß man paradoxerweise zunächst eine dritte Bewertungskategorie einführen, nämlich die zu den Preisen eines einheitlichen Basisjahres. Erst dann kann etwas darüber gesagt werden, ob und wieviel das Anlagevermögen im Zeitablauf „real“ zugenommen hat. Denn im Ansatz zu Anschaffungspreisen stecken bei inflationärer Preisentwicklung Unterbewertungen, und die Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen bringt für jedes Jahr der Zeitreihe einen eigenen Ansatz, der nur solche Veränderungsdaten zu bilden erlaubt, die ein Mixtum aus realer und aus Preisentwicklung sind.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Abschreibungen der VGR sich von denen des Handels- und des Steuerrechts unterscheiden, weil das Handelsrecht des Gläubigerschutzes wegen zu einer im Zweifelsfall eher schnelleren/höheren Abschreibung neigt und im Steuerrecht die schnellere Abschreibung sogar als politisches Anreizmittel in Erscheinung tritt.

Die Abschreibungen haben in der VGR auch buchungstechnisch eine andere Wirkung als im kaufmännischen Rechnungswesen, wo sie ihre direkte Gegenbuchung auf den Anlagekonten finden, in gleicher Höhe also das bilanzierte Vermögen mindern. Wird ein bereits abgeschriebenes Produktionsmittel weiterhin eingesetzt und hat deshalb auch noch einen gewissen Marktwert, spricht das kaufmännische Rechnungswesen von „stillen Reserven“. Der Denkansatz der VGR ist, das Vermögen und die Abschreibungen so zu quantifizieren, daß es stille Reserven — aber natürlich auch Überbewertungen — gar nicht erst gibt. Die VGR-Abschreibungen sind insofern am ehesten noch mit den kalkulatorischen Abschreibungen des betrieblichen Rechnungswesens vergleichbar. Im Buchungssystem der

**Anlagevermögen, Zugänge,
Abgänge und Abschreibungen
zu Wiederbeschaffungspreisen
im Bundesgebiet 1986**

D 5687 Stat. LA S-H

— ohne öffentlichen Tiefbau, vorläufige Werte —

Mrd. DM

Nettoanlagevermögen am Jahresanfang	5 430
+ Zugänge während des Jahres	353
— Abschreibungen während des Jahres	240

Nettoanlagevermögen am Jahresende

— Nettoanlagevermögen am Jahresanfang	
— Zugänge während des Jahres	
+ Abschreibungen während des Jahres	
— Wertzunahme des Nettoanlagevermögens durch Preissteigerungen während des Jahres (nur bei Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen)	
+	91

= Nettoanlagevermögen am Jahresende 5 634

+ Abschreibungen während des Jahres	240
-------------------------------------	-----

Brutto- minus Nettoanlagevermögen am Jahresende

+ Abgänge während des Jahres	
— Abschreibungen während des Jahres	
— aufgelaufene Abschreibungen aller früheren Perioden, soweit sie Anlagegütern gelten, die am Jahresanfang noch im Bestand waren	
+	2 858

— Abgänge während des Jahres	142
------------------------------	-----

= Bruttoanlagevermögen am Jahresende 8 590

+ Abgänge während des Jahres	142
------------------------------	-----

— Zugänge während des Jahres	353
------------------------------	-----

Bruttoanlagevermögen am Jahresende

— Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang	
— Zugänge während des Jahres	
+ Abgänge während des Jahres	
— Wertzunahme des Bruttoanlagevermögens durch Preissteigerungen während des Jahres (nur bei Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen)	
—	133

= Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang 8 246

VGR hat die Höhe der Abschreibungen auch nur Auswirkung auf den Restwertansatz des Anlagevermögens. Für den Neuwertansatz — den ja Handels- und Steuerrecht auch gar nicht kennen⁵ — benötigt die VGR eine im betrieblichen Rechnungswesen nicht verwendete Größe: Die „Abgänge“ sind diejenigen Anlagen, die effektiv aus dem Bestand ausscheiden, und zwar angesetzt zu ihrem Neuwert. Es ergibt sich also die folgende (tautologische) Beziehung.

Die aufgelaufenen Abschreibungen sind im Falle der Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen ebenfalls mit den Preisen des jüngsten Jahres bewertet.

Die „Zugänge“

Das, was im vorstehenden Rechengang „Zugang“ genannt worden ist, sind die Bruttoanlageinvestitionen. Investieren können ex definitione nur der Unternehmenssektor und der Staat. Wechseln nun gebrauchte Anlagegüter ihren Besitzer, ist das vermögensneutral nur dann, wenn Käufer wie Verkäufer zum Inland und dann auch zum selben Sektor/Wirtschaftsbereich zählen. Wenn ein Unternehmen sein erst halb abgeschriebenes Kraftfahrzeug an einen Mitarbeiter (private Haushalte) oder ans Ausland verkauft, sinkt das Anlagevermögen. Der Zugang ist also nicht völlig identisch mit dem, was in derselben Periode erzeugt oder importiert und dann investiert worden ist. Weil weitergehende Daten fehlen, umfaßt die Rechnung des Statistischen Bundesamtes nur die Käufe und Verkäufe von gebrauchten Anlagen, die Verkäufe von Anlagenschrott und die Verkäufe von gebrauchten Ausrüstungen an private Haushalte und ans Ausland. Entsprechende Transaktionen *zwischen* den Wirtschaftsbereichen bleiben unberücksichtigt.

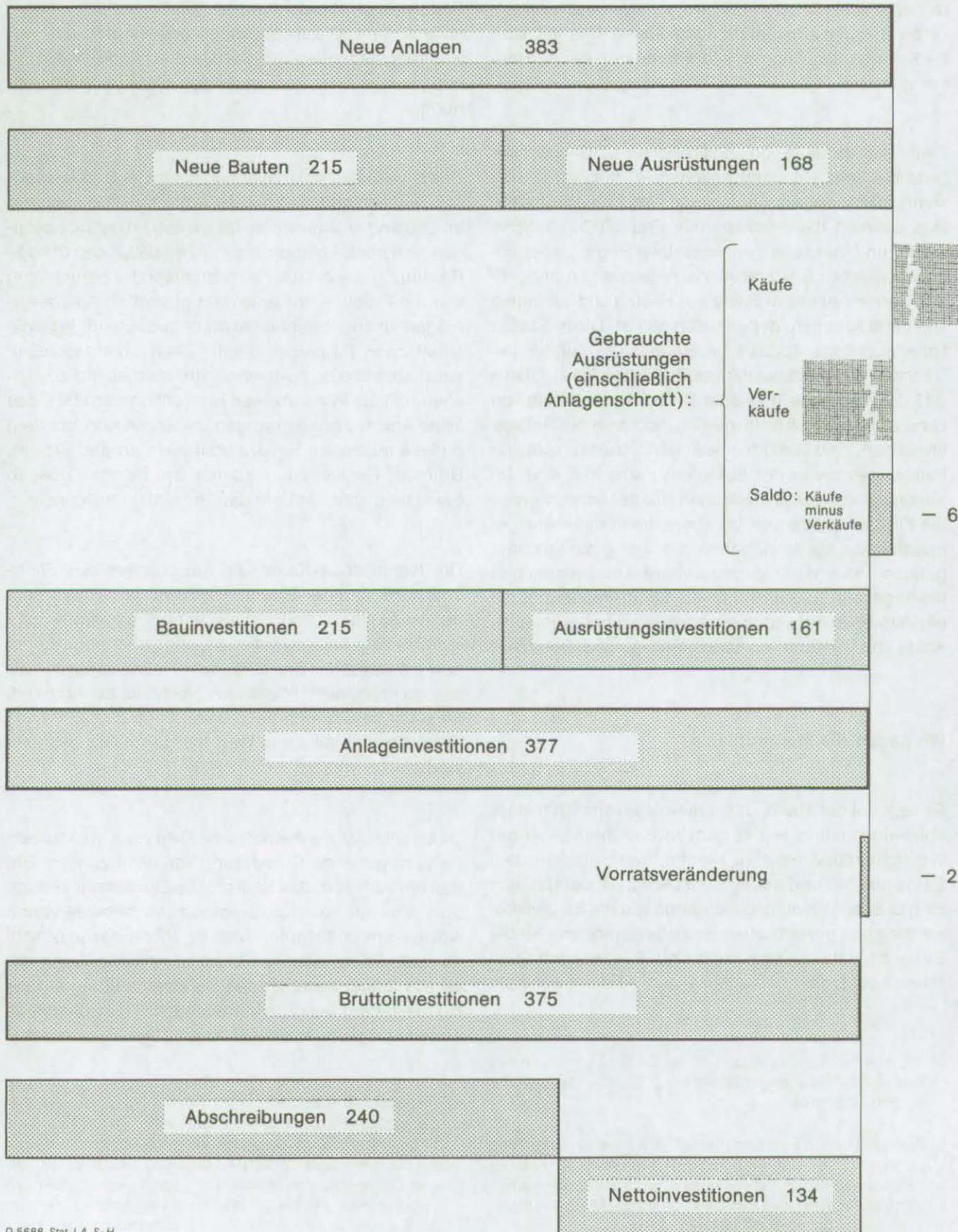
Die Anlageinvestitionen werden hier „brutto“ nachgewiesen, d. h. ohne Abzug der Abschreibungen derselben Periode. Man kann gleichermaßen von Anlage- wie von Bruttoanlageinvestitionen sprechen.⁶

5) Das HGB enthält seit 1985 (Bilanzrichtlinien-Gesetz) in seinen ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften in § 268 (2) jetzt auch die Forderung, Zugänge, Abgänge, Umbuchungen und Zuschreibungen des Anlagevermögens gesondert aufzuführen.

6) Die Anlageinvestitionen sind — wie das Schema zeigt — bereits aus Neu- und Gebrauchtkaufen/-verkäufen saldiert. Für das Ergebnis einer solchen, hier sogar doppelten Saldierung gibt es im allgemeinen Sprachgebrauch häufig das Bestimmungswort „netto“. „Brutto/netto“ ist aber in der VGR begrifflich bereits belegt. Bruttoanlageinvestition ist insofern die präzisere, möglicherweise aber auch verwirrendere Bezeichnung.

Die Bruttoinvestitionen im Bundesgebiet 1986

- jeweilige Preise, Zahlen in Mrd. DM -



Die statistischen Unterlagen über Transaktionen mit bebauten Grundstücken erlauben keine Unterteilung in Gebäude- und Grundstückswert. Es muß unterstellt werden, daß Käufe und Verkäufe von Gebrauchtbauten sich nicht nur regionsintern, sondern auch sektor- und wirtschaftszweigintern ausgleichen. Deshalb sind im Schema die Bauinvestitionen mit den neuen Bauten identisch.

Käufe und Verkäufe von Land gleichen sich — über die gesamte Volkswirtschaft gesehen — stets aus, auch wenn Ausländer als Käufer oder Verkäufer auftreten. Das definiert die internationale Empfehlung.⁷ Wenn Käufer und Verkäufer zwar derselben Region, aber unterschiedlichen Sektoren/Wirtschaftszweigen angehören, kann es zu einem Saldo aus Käufen und Verkäufen von Land kommen, der ungleich null ist. Diese Salden kann auch das Statistische Bundesamt nur für bestimmte Wirtschaftszweige veröffentlichen, so in Tabelle 3.17 der Fachserie 18 (Reihe 1). Die (Netto-)Käufe von Land zählen zur Bruttoinvestition, und zwar zur Anlageinvestition, sind aber im umseitigen Schema nicht enthalten, weil sie in der Sektorensumme null sind. Im Kontensystem des Statistischen Bundesamtes werden die Käufe/Verkäufe von Land wie die übrigen Anlageinvestitionen als Vermögensveränderung der Sektoren gebucht, aber das *reproduzierbare* Anlagevermögen bleibt davon unberührt. Für die Länderrechnung, die ein Vermögensveränderungskonto nicht hat, stehen die Käufe und Verkäufe von Land ohnehin außer Betracht.⁸

Wo liegen die Meßprobleme?

Es liegt auf der Hand, daß das Anlagevermögen einer Volkswirtschaft in seiner ganzen Bandbreite von der Würstchenbude bis zum Kernkraftwerk nicht in dem Sinne meßbar und addierbar ist wie z. B. der Umsatz. Es gibt zwar Verwaltungsvorgänge wie die Einheitsbewertung des gewerblichen Betriebsvermögens, an die Sekundärstatistiken geknüpft sind. Es gibt auch Statistiken über Unternehmensbilanzen. Aber im wesentli-

chen ist man bei der Anlagevermögensberechnung auf Schätzungen und Annahmen angewiesen. Dies allerdings wird erleichtert dadurch, daß die Veränderungen des Vermögens Kreislaufkomponenten der laufenden Sozialproduktberechnungen und insofern „abgestimmt“ sind: Die Investitionen entstammen der Verwendungsrechnung des Sozialprodukts, die Abschreibungen sind eines der Ergebnisse der Vermögensrechnung.

Das Niveau des Anlagevermögens in der Bundesrepublik Deutschland wird für die Jahre ab 1960 geboten. Im Bestand, insbesondere im Bauwerksbestand, befinden sich noch Anlagen aus der Zeit davor. Die richtige Bewertung dieser Güter zum Startjahr der Berechnung war ein Problem, ihr Anteil am gesamten Anlagevermögen ist aber heute nicht mehr bedeutend. Was die öffentlichen Tiefbauten betrifft, die mit den Hochbauten zusammen das „Altvermögen“ weitgehend ausmachen, gilt als internationale Konvention der VGR, daß keine Abschreibungen vorgenommen werden, sondern daß die laufenden Reparaturarbeiten an den Straßen, Brücken, Gleisanlagen, Kaimauern, Deichen usw. so bemessen sind, daß sie den Verschleiß ausgleichen.

Der Nord-Ostsee-Kanal, die Autobahnen, das Eidersperrwerk und der Eisenbahndamm nach Sylt — um nur einige plastische Beispiele herauszugreifen — zählen also zum Anlagevermögen, ohne aber abgeschrieben zu werden.⁹ Das Lübecker Holstentor zählt als (abzuschreibender) öffentlicher Hochbau, der heute ein Museum beherbergt, auch dazu, ohne daß allerdings der historisch-kulturelle Wert hier in Ansatz gebracht wird.

Diese teilweise ins methodische Detail und ins konkrete Beispiel gehende Schilderung soll nicht zu dem Gedanken verleiten, das Statistische Landesamt verfüge über eine Art Kataster zumindest der bedeutenderen Anlagevermögensgüter. Dies ist schon deshalb nicht so, weil die statistischen Landesämter die Werte der bereits länger bestehenden Bundesrechnung auf die Bundesländer lediglich verteilt haben, dies allerdings soweit möglich in Nachbildung der Bundesamts-

7) A System of National Accounts, a.a.O., S. 131. Im Falle des Ausländers wird ein inländisches „Dummy“-Wirtschafts-subjekt unterstellt.

8) Wenn man nach Sektoren gliedert, ist es streng genommen unzulässig, von den Anlageinvestitionen als einer Komponente der Verwendung von Gütern und Diensten zu reden, denn verkaufte/gekauft Land gehört nicht zum Aufkommen dieser Güter und Dienste.

9) Das Statistische Bundesamt veröffentlicht das Anlagevermögen weitgehend ohne öffentlichen Tiefbau. In der Fachserie 18 gibt es ihn nur in der Aufgliederung des reproduzierbaren Sachvermögens (Tab. 3.49 der Ausgabe 1986) und wegen der genannten Konvention, keine Abschreibungen vorzunehmen, nur brutto. Die nun vorliegenden Zahlen für die Bundesländer sind stets ohne öffentlichen Tiefbau.

methode für Länderzahlen. Was die Berechnung des Anlagevermögens betrifft, kann also weitgehend auf die Methodenschilderung des Statistischen Bundesamtes verwiesen werden. Grob zusammengefaßt gilt:

Es wird von der Überlegung ausgegangen, daß der heute vorhandene Vermögensbestand sich aus den aufgelaufenen Investitionen vergangener Jahre unter Berücksichtigung ihrer Nutzungsdauer zusammensetzt. Er wird jährlich fortgeschrieben. Die Anwendung dieser sogenannten Perpetual-Inventory-Methode setzt voraus, daß die Investitionsreihen weit zurückreichen und daß man die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegüter — und zwar je Investitionsjahrgang — abschätzen kann. Beides sind keine leicht zu erfüllenden Anforderungen, sie können teilweise nur mit recht hohen Fehlermargen realisiert werden.

Da das Anlagevermögen auch nach Wirtschaftsbereichen gegliedert sein soll, müssen Nutzungsdauern nicht nur je Gütergruppe ermittelt werden, sondern diese Gütergruppen müssen auch den Wirtschaftsbereichen der Investoren zugeordnet werden. Obendrein muß auch eine Nutzungsdauerverteilung, d. h. die Streuung der tatsächlichen Abgänge um die durchschnittliche Lebensdauer der Güter, als Annahme getroffen werden. Die Abschreibung wird durchweg nach linearer Methode vorgenommen.

Nur von einem Teil der Investoren, vor allem von denen des produzierenden Gewerbes, liegen Daten vor. Angaben über die Investitionen des Staates liefert die Finanzstatistik. Als Ergänzung dienen Statistiken über Produktion, Absatz oder Ein- und Ausfuhr von Investitionsgütern. Diese Güter können bereits bereichsspezifisch gegliedert erhoben sein wie z. B. die Baufertigstellungen, manche kommen auch von vornherein nur für einen Wirtschaftsbereich in Betracht (z. B. Eisenbahnwaggons). Viele Güter müssen aber, wie im Falle von Kraftfahrzeugen, z. T. zunächst von der Konsumverwendung (Privat-PKW) abgesetzt und dann auch noch auf diverse Wirtschaftsbereiche „verteilt“ werden.

Die Meßprobleme liegen nicht nur in der bereits als Besonderheit erwähnten Bewertung der Altbauten, sondern eigentlich in allen Komponenten der Berechnung. Die Investitionen in richtiger Höhe und auch in richtiger wirtschaftssystematischer Zuordnung zu erfassen ist ohnehin schwer. Es wird aber zunehmend proble-

matischer dadurch, daß sich zwischen die Produzenten bzw. Importeure von Produktionsmitteln und die Unternehmen, in denen diese Güter dann physisch eingesetzt werden, verstärkt die Leasingunternehmen schieben, die zwar Investor sind, diese Güter zu ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit — nämlich der Vermietung/Verpachtung — auch benötigen, sie aber nicht selbst physisch nutzen. Das Dilemma, daß die Leasinggüter natürlich nur einmal mitgezählt werden dürfen, sie aber in der Produktionsfunktion von Eigentümer wie Nutzer eine Rolle spielen, löst man z. Z. zugunsten des Eigentümerkonzepts.

Auch die Erfassung von Großprojekten, die von Unternehmen in privater Rechtsform betrieben werden sollen, stößt auf Schwierigkeiten, weil hier nicht wie bei Kanalbauten, Autobahnen usw. die Finanzstatistiken, sondern die Unternehmensstatistiken die Quelle sind. Wenn wie im Falle mancher Kernkraftwerke die eigens dafür gegründete Betreibergesellschaft während der Bauphase für die Statistik noch nicht berichtspflichtig ist, weil Produktion und Beschäftigung erst in der Zukunft liegen, fehlen auch die Informationen über das Investitionsvolumen, jedenfalls diejenigen aus dieser Datenquelle.

Die Kernkraftwerke können auch gut dafür als Beispiel herhalten, wie problematisch und manchmal durchaus revisionsbedürftig die Annahmen über die Lebensdauer und damit über die Abschreibungen bestimmter Investitionsgüter sein können. Daß auch die Bewertung des Anlagevermögens zu den drei dargestellten Preisvarianten Probleme birgt, ebenso die Abgrenzung Erhaltungsaufwand zu Investition, liegt auf der Hand.

Die Schwierigkeiten, das Anlagevermögen willkürfrei und mit demselben Anspruch auf Exaktheit wie sonst in der amtlichen Statistik zu messen, konnten hier nur grob skizziert werden. Die nun für die Bundesländer vorgelegten Zahlen des reproduzierbaren Bruttoanlagevermögens haben ein relativ hohes Aggregationsniveau, d. h. es fehlt an differenzierter wirtschaftlicher Gliederung. Die Berechnung dieser Zahlen erfolgte in wesentlich tieferer Gliederung, ihre Zusammenfassung soll eventuelle Fehler ausgleichen. Den Ländern ist hier sehr viel weniger möglich als dem Bund. Die Regionalverteilung des Anlagevermögens — das sei hier nachgeschoben — erfolgt nach dem Ort des physischen Einsatzes, d. h. unabhängig vom Unternehmenssitz des Investors. Durch diese regionale Disaggregation sind Wertschöpfung und Anlagevermögen der

Leasingunternehmen nicht mehr aufeinander beziehbar, denn deren Wertschöpfung zählt zum Land, in dem das Leasingunternehmen oder dessen Betrieb seinen Sitz hat, unabhängig davon, wo die vermieteten Anlagegüter in der Produktion stehen.

Die Prüfung, Bewertung und Kommentierung der Anlagevermögensrechnung für die einzelnen Bundesländer fällt insofern schwer, als diese Berechnung in noch höherem Maße als bei der laufenden Sozialproduktberechnung von diversen mathematischen Verfahren getragen wird, die den Blick auf einzelne, konkret faßbare und aus der Landeskenntnis heraus wiedererkennbare Mosaiksteine verstellen. Um es an Beispielen noch einmal deutlich zu machen: Ob der Fuhrpark der Oberpostdirektion Kiel, das Kernkraftwerk Krümmel oder das Lübecker Holstentor nun im Anlagevermögen berücksichtigt sind, und zwar in „richtiger“ Höhe und im „richtigen“ Wirtschaftsbereich, ist auch aus den detaillierten Berechnungsunterlagen nicht zu entnehmen. Der Statistiker kann also ebensowenig die Richtigkeit dieser Zahlen belegen, wie sie der Konsument der Statistik anzweifeln kann. Die Beschreibung methodischer Details wie die der Behandlung von Viehbeständen diene dazu, die „philosophy behind“ deutlich zu machen. Der mögliche absolute Fehler der Anlagevermögensberechnung Schleswig-Holsteins liegt sicherlich jenseits des Wertes seiner Viehbestände.

Das Niveau

Zahlen des Anlagevermögens sind in ihrer Größenordnung noch stärker jenseits des normalen Vorstellungsvermögens, als es Daten der laufenden Sozialproduktberechnung sind. Deshalb seien zur Orientierung zunächst einige Eckzahlen der Bundesberechnung geboten:

Das reproduzierbare Anlagevermögen in der Bundesrepublik Deutschland betrug am Jahresanfang 1986 etwas über 9 Billionen DM oder genauer und in etwas gängigerer Dimension 9 185 Milliarden DM, dies gemessen zu Wiederbeschaffungspreisen und zum Neuwert, also brutto. Zum Gebrauchtwert (also netto) und dann ebenfalls zu Wiederbeschaffungspreisen waren das etwa 5,4 Billionen DM, also nicht ganz 60 % des Bruttowertes. Das Bruttoanlagevermögen bestand zum weitaus überwiegenden Teil, und zwar zu exakt vier Fünfteln, aus Bauten und nur zu 20 % aus Ausrüstungen. Die Bauten waren zu genau der Hälfte ihres Brut-

wertes Wohnungen, zu einem Achtel waren es öffentliche Tiefbauten. Obwohl im Nettovermögen, wie per Fußnote bereits gesagt, der öffentliche Tiefbau fehlt, haben hier die Ausrüstungen ein mit 18 % sogar noch etwas geringeres Gewicht als im Bruttovermögen. Das hat damit zu tun, daß die Bauten wesentlich langsamer abgeschrieben werden als die Ausrüstungen und der Bautenbestand im Durchschnitt und gemessen an der Gesamtlebensdauer offenbar relativ jünger ist als die Ausrüstungen.

Das reproduzierbare Anlagevermögen, das zur Produktion von Gütern und Diensten in Schleswig-Holstein im Einsatz ist, betrug brutto und zu Wiederbeschaffungspreisen am Jahresanfang 1986 337 Milliarden DM. In den Länderzahlen ist wie gesagt der öffentliche Tiefbau grundsätzlich nicht enthalten. Am entsprechenden Bundeswert hat Schleswig-Holstein damit einen Anteil von 4,1 %. Zum Vergleich: Vom Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik 1986 entfielen auf Schleswig-Holstein 3,5 %, der Einwohneranteil des Landes am Bund betrug am Jahresanfang 1986 4,3 %. Bei den Ausrüstungen allerdings ist der Anteil des Landes am Bund mit 3,7 % deutlich geringer, denn Schleswig-Holsteins Anlagevermögen (brutto) besteht zu einem im Vergleich zum Bund überproportional hohen Anteil von genau 80 % (Bund: 78 %) aus Bauten (jeweils ohne öffentlichen Tiefbau).

Das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen — diese Größe kommt von den aus der Vermögensrechnung gebotenen dem Marktwert noch am nächsten — betrug in Schleswig-Holstein Anfang 1986 224 Milliarden DM. Das sind, wie auch im Bund, nahezu exakt zwei Drittel des Bruttowertes.

Aus den bereits gebotenen Anteilen am Bund kann gefolgert werden, daß das Verhältnis vom Einsatz des Faktors Kapital zu Produktionsergebnis zwischen Bund und Land differiert. Für dieses Verhältnis, den sog. Kapitalkoeffizienten, legt man üblicherweise Kapitalstock und Bruttoinlandsprodukt zugrunde, und zwar in „konstanten“ Preisen. Das Preisbasisjahr dafür ist zur Zeit 1980. Der Kapitalstock ist definiert als Durchschnitt aus Jahresanfangs- und -endbestand des Bruttoanlagevermögens. Weil für die Länder der Jahresendbestand 1986 noch fehlt, kann als Kapitalkoeffizient hier lediglich 1985 und das wegen der genannten Einschränkung auch nur ohne öffentlichen Tiefbau geboten werden. Dieser Koeffizient, also Kapitalstock dividiert durch

Bruttoinlandsprodukt, betrug in Schleswig-Holstein 5,2 und im Bund 4,5.

Das zu Wiederbeschaffungspreisen bereits genannte Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen wird, wenn es in konstanten Preisen gerechnet ist, auch als Modernitätsgrad bezeichnet. Dieser Wert lag für 1986 mit 66,4 % etwas über dem des Bundes (65,9 %). Beim Bauvermögen lag der Modernitätsgrad mit 69,4 % noch dichter am Bundeswert (69,5 %). Der Modernitätsgrad des Ausrüstungsvermögens Anfang 1986 betrug in Schleswig-Holstein 54,1 % und im Bund 52,9 %.

Die Veränderung

Die genannten Zahlen zu Niveau und Struktur des Anlagevermögens geben kaum Hinweise auf Landesspezifika. Die Veränderung dieser Größen seit 1970 aber hat sich im Land etwas anders vollzogen als im Bund.

Das Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1980 hat sich im Zeitraum 1970 bis 1986 in Schleswig-Holstein um 81 % und im Bund um 77 % erhöht. Das Bauvermögen ist in Bund und Land gleichermaßen um 77 % gestiegen. Um denselben Prozentsatz stieg im Bundesgebiet auch das Ausrüstungsvermögen. In Schleswig-Holstein hat sich der Bruttowert der Ausrüstungen gegenüber 1970 aber mehr als verdoppelt (+ 102 %).

Das Nettoanlagevermögen in Preisen von 1980 hatte 1986 in Schleswig-Holstein einen um exakt drei Viertel höheren Wert als 1970. Im Bund war der Zuwachs mit 68 % etwas geringer. Es sind wie bei den Bruttowerten die Ausrüstungen, bei denen Landes- und Bundesentwicklung auseinanderklaffen (+ 94 % zu + 65 %).

Daß das Anlagevermögen netto etwas langsamer gewachsen ist als brutto, läßt sich auch als Veränderung des Modernitätsgrades ausdrücken, denn der ist im Land von 68,7 % auf 66,4 % und im Bund von 69,4 % auf 65,9 % gesunken.

Der Kapitalkoeffizient hatte 1970 im Land 4,2 und im Bund 3,7 betragen, d. h. für eine DM Wertschöpfung hatten in Schleswig-Holstein 4,20 DM Kapital eingesetzt werden müssen, eine halbe DM mehr als im Bund. Der Abstand war 1970 also kleiner gewesen als 1985 (etwa 70 Pfennige je DM Wertschöpfung).

Die Wirtschaftsbereiche

Wenn man von Wirtschaftsstruktur redet, meint man meistens das Verhältnis der Wirtschaftszweige zueinander. Als Gewichtungmaßstab können Arbeitsplätze, Umsatz, Wertschöpfung und eben auch Kapital in Betracht kommen. Je nachdem, welchen dieser Maßstäbe man nimmt, kommen auch unterschiedliche Strukturen heraus. Was das Kapital anbetrifft, ist hier zunächst eine Besonderheit zu nennen, die für den Wirtschaftszweig Wohnungsvermietung gilt: Dieser Bereich, der nach Erwerbstätigen, Arbeitsstätten oder Umsatz eine gar nicht so bedeutende Rolle spielt und in der allgemeinen Fassung der Systematik der Wirtschaftszweige noch nicht einmal den Rang einer Unterabteilung hat, bedarf in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Sonderbehandlung und wird dort gleichrangig z. B. mit Handel oder Baugewerbe als einer von 11 Wirtschaftsbereichen geführt. Der Grund ist, daß die Nutzung von Wohnraum stets als Inanspruchnahme von Sozialprodukt gewertet wird, und zwar auch in den Fällen, in denen Nutzer und Eigentümer der Wohnung identisch sind. Würde man das nicht tun, wäre paradoxerweise das Sozialprodukt umso höher, je geringer die Eigentümerquote ist, also der Anteil der Haushalte in eigener Wohnung an allen Haushalten (genauer: an allen Wohnungen). Die Wohnungen und ihre Vermietung (besser: Nutzung) werden also dem funktional abgegrenzten Bereich Wohnungsvermietung zugeordnet. In Ausnahme von der Regel, daß die Vermögensgegenstände der Sphäre der Privathaushalte nicht zum Anlagevermögen rechnen, zählt der gesamte Wohnungsbestand dazu.

Der Kapitalkoeffizient dieses Bereiches im Bundesgebiet liegt bei etwa 30 und damit so exorbitant hoch, daß das Statistische Bundesamt den Kapitalkoeffizienten für die Unternehmen gesondert auch ohne Wohnungsvermietung veröffentlicht. Der Kapitalkoeffizient der Unternehmen war 1986 — ohne Wohnungsvermietung gerechnet — mit 2,7 nur etwas mehr als halb so groß wie unter Einschluß dieses Bereichs (4,8). Wegen des besonderen Faktoreinsatzverhältnisses von Kapital und Arbeit in der Wohnungsvermietung gilt das analog auch für die Kapitalintensität, also den Kapitalstock je Arbeitsplatz, oder genauer: je Erwerbstätigen. Die Kapitalintensität des gesamten Unternehmensbereichs betrug 1986 im Bundesgebiet 317 000 DM, ohne Einschluß der Wohnungsvermietung waren es nur 163 000 DM.

Am Bruttoanlagevermögen 1986 (konstante Preise) hatte die Wohnungsvermietung in Schleswig-Holstein

einen mit 47,0 % deutlich höheren Anteil als im Bundesgebiet (43,7 %). Dies ist eine der Ursachen dafür, daß der Kapitalkoeffizient im Land höher ist als im Bund. Rechnet man den Kapitalkoeffizienten auch für Schleswig-Holstein nur für die Unternehmen ohne Wohnungsvermietung, dann ergibt sich mit 3,2 ein Wert, der um 0,5 über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Auch in der Energie- und Wasserversorgung spielt der Produktionsfaktor Kapital eine wichtige Rolle. Der Kapitalkoeffizient liegt hier bei 9. Der Anteil an der Gesamtwirtschaft ist auch für diesen Bereich in Schleswig-Holstein höher als im Bund, und zwar nach Wertschöpfung wie auch nach Anlagevermögen bemessen.

Im verarbeitenden Gewerbe, dem Bereich, den man landläufig vielleicht noch am ehesten mit rauchenden Schornsteinen, Industrierobotern oder überhaupt Kapital assoziiert, liegt der Kapitalkoeffizient im Bundesgebiet bei 2, also selbst unter demjenigen Durchschnitt der Unternehmen, der ohne Wohnungsvermietung zustande kommt. Daß das Gewicht dieses Wirtschaftsbereichs in Schleswig-Holstein nicht so hoch ist wie im Bund, hat daher kaum einen Minderungseffekt auf den Gesamtkapitalkoeffizienten.

Beim Kapitalkoeffizienten des Bereichs Staat ist zu bedenken, daß in seinem Zähler, also im Anlagevermögen, die Rüstungsgüter der genannten Konvention wegen fehlen, daß aber im Nenner die Wertschöpfung des Verteidigungsbereichs enthalten ist. Weil die Soldaten und ihre Wertschöpfung in Schleswig-Holstein relativ stärker vertreten sind als im Bundesdurchschnitt, ist auch der Kapitalkoeffizient des Staates im Land (2,4) etwas niedriger als im Bund (3,0).

Einen beachtlich hohen Kapitalkoeffizienten hat der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Für eine DM

Wertschöpfung mußte 1986 im Bundesgebiet fast 8 DM Kapital eingesetzt werden, in Schleswig-Holstein waren es etwa zwei DM weniger. Der Bereich mit dem niedrigsten Kapitalkoeffizienten ist in Bund und Land mit Werten von unter 1 das Baugewerbe.

Der im Vergleich etwa zum verarbeitenden Gewerbe relativ hohe Kapitalkoeffizient für den Staat mag erstaunen. Der Beruf des Lehrers, des Verwaltungsinspektors oder des Richters ist aber insofern kapitalintensiv, als er hohen Gebäudeaufwand erfordert. Die Ausrüstungen des Staates haben an seinem Anlagevermögen einen Anteil von nur einem Zehntel, so wenig wie in sonst keinem Bereich, wenn man von der Wohnungsvermietung einmal absieht. Das gilt für Bund und Land gleichermaßen. Das Verhältnis Ausrüstungen zu Bauten, wiederum gemessen am Bruttoanlagevermögen zu konstanten Preisen, hatte 1986 im Bundesgebiet seinen Maximalwert im verarbeitenden Gewerbe (59 % Ausrüstungen zu 41 % Bauten), im Land waren es 52 % zu 48 %. Hohen Anteil haben die Ausrüstungen auch im Baugewerbe und im Bereich Verkehr, Nachrichtenübermittlung. Hinter dem etwas abstrakten Begriff „Nachrichtenübermittlung“ verbirgt sich die Post.

In der Schilderung der Wirtschaftsbereiche wurde weitgehend auf den Kapitalkoeffizienten abgestellt. Die eingangs des Aufsatzes angesprochene Produktivität ließe sich auch direkt als Zahl ausdrücken, denn die Produktivität des Kapitals ist der Kehrwert des Kapitalkoeffizienten. Dann wäre auch die Fragestellung umgekehrt: Wieviel DM Wertschöpfung bringt der Einsatz einer DM Kapital? Auch auf die Werte der Kapitalintensität wurde hier nicht näher eingegangen, denn das Kapital je Arbeitsplatz ist in den Wirtschaftsbereichen hoch/niedrig, in denen auch der Kapitalkoeffizient hoch/niedrig ist. Es wäre ein in etwa ähnliches Gefüge der Wirtschaftsbereiche zu schildern gewesen.

Bernd Struck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- | | | | | | |
|---|---|------------------|---|---|-----------------|
| p | = | vorläufige Zahl | s | = | geschätzte Zahl |
| r | = | berichtigte Zahl | D | = | Durchschnitt |
- Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:
- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - = nichts vorhanden
 - = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
 - / = Zahlenwert nicht sicher genug
 - X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - ... = Angabe fällt später an

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang . Heft 8 . August 1988

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986		1987			1988			
			Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 613	...a	2 612	2 612 ^b	...a	...a	...a
NATURLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 303	1 372	1 310	1 494 ^c	2 807 ^d	1 155	1 019
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,0	...a	6,1	8,7	...a	...a	...a
*Lebendgeborene	Anzahl	2 058	2 163	2 114	1 797 ^c	2 594 ^d	2 470	2 227
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,5	...a	9,8	10,5	...a	...a	...a
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 582	2 574	2 584	2 043 ^c	3 012 ^d	2 610	2 529
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,9	...a	12,0	11,9	...a	...a	...a
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16	22	14 ^c	23 ^d	15	22
* je 1 000 Lebendgeborene		7,8	7,4	10,4	7,8	8,9	6,1	9,9
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 524	- 411	- 470	- 246 ^c	- 418 ^d	- 140	- 302
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,4	...a	- 2,2	- 1,4	...a	...a	...a
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 195	...	5 040	6 110 ^c	4 289 ^d
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 795	...	4 582	6 349 ^c	3 608 ^d
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 400	...	+ 458	- 239 ^c	+ 681 ^d
* innerhalb des Landes Umgezogene 1)	Anzahl	9 548	...	8 576	11 639 ^c	6 635 ^d
Wanderungsfälle	Anzahl	19 538	...	18 198	24 098 ^c	14 532 ^d
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	114	111	110	102	105	118	109	103	101
darunter *Männer	1 000	65	64	65	59	59	70	63	58	57
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	10,6	10,1	12,5	7,1	4,7	16,2	12,3	7,8	4,8
darunter Männer	1 000	9,4	8,8	11,4	6,2	3,9	15,1	11,4	7,0	4,1
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	4,3	5,4	6,1	6,4	6,4	6,7	6,6	6,9	6,7
LANDWIRTSCHAFT										
VIHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 540 ^e	1 497 ^e	.	.	1 547	.	.	.	1 504
darunter *Milchkühe	1 000	514 ^e	480 ^e	.	.	465	.	.	.	450
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 718 ^e	1 632 ^e	1 720	.	.	1 647	.	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	191 ^e	169 ^e	185	.	.	167	.	.	.
darunter *trächtig	1 000	129 ^e	116 ^e	122	.	.	111	.	.	.
SCHLACHTUNGEN²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	48	47	37	38	37	40	36	39	41
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	227	213	202	197	218	211	198	219	213
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	3	3	2	2	2	1	1	1	1
*SCHLACHTMENGEN³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	32,6	31,3	27,1	27,3	28,7	29,6	27,7	30,4	30,5
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	14,0	13,6	10,3	10,8	10,6	11,7	10,7	11,7	12,5
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	18,4	17,4	16,5	16,2	17,8	17,6	16,7	18,4	17,6
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	292	294	283	289	291	296	300	301	304
Kälber	kg	117	119	110	126	125	128	126	127	126
Schweine	kg	82	83	82	83	82	84	84	84	83
GEFLÜGEL										
Eingelegte Brutetier ⁴⁾	1 000	122	101
*für Legehennenküken	1 000	1	1	-	-	-	-	-	-	-
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	120	126
*MILCHERZEUGUNG										
1 000 t	218	199	239	250	227	204	213	246	221	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	95	95	97	98	98	91	96	97	98
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,8	13,2	16,0	16,2	15,2	13,7	14,7	16,5	15,4

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 2) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere 3) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien 4) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 5) aus Schlachtungen Inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Die Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen sowie der Zahlen, die auf die Bevölkerung Bezug nehmen, wird ab Juni 1987 bis zum Vorliegen der neuen Ausgangsbasis (Volkszählungsergebnis vom 25. Mai 1987) ausgesetzt b) 24.5.1987 c) 1.5. bis 24.5.1987 d) 25.5. bis 30.6.1987 e) Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	167	164	163	163	164	163	163	164	165
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	112	111	111	112	110	110	110	111
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 705	15 228	15 479	15 006	15 257	16 493	15 183	15 073	15 703
*Lohnsumme	Mill. DM	328,7	331,1	326,6	322,4	338,7	317,3	334,3	329,9	351,8
*Gehaltssumme	Mill. DM	229,1	239,1	227,7	242,1	252,6	234,9	241,4	246,5	269,0
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 698	1 763	1 655	1 537	1 591	1 940	1 842	1 784	1 878
aus dem Inland	Mill. DM	1 123	1 177	1 109	1 053	1 077	1 313	1 102	1 222	1 249
aus dem Ausland	Mill. DM	575	586	546	484	514	627	739	563	629
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 054	2 995	2 979	2 984	3 067	3 187	3 073	3 019	3 247
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 399	2 321	2 360	2 262	2 317	2 488	2 258	2 375	2 513
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	675	620	722	750	699	815	644	735
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	15	14
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	34,8	39,0
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	51	76
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8
*schweres Heizöl	1 000 t	42	68
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	242	255	263	247	238	281	255	260	261
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	26	29	24	27	26	33	29	32	31
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	104,5	109,6	115,7	110,6	108,7	111,4
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	38 895	39 653	39 716	40 876	41 152	36 292	37 032	37 782	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 271	4 128	4 622	4 788	5 072	3 445	4 031	4 380	...
darunter für	1 000									
*Wohnungsbauten	1 000	1 587	1 478	1 570	1 674	1 839	1 321	1 465	1 668	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	941	991	1 129	1 159	1 143	830	958	975	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 629	1 566	1 857	1 863	1 953	1 240	1 526	1 647	...
*Lohnsumme	Mill. DM	87,1	87,1	89,4	95,3	102,1	66,3	80,8	90,6	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	17,8	18,2	17,0	17,4	19,3	16,4	17,0	17,6	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	370,0	343,9	257,3	328,9	402,4	261,0	277,5	352,6	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	210,9	204,4	251,3	233,0	241,9	258,0	208,7	241,1	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 068	7 074	6 786	6 881	7 005	6 895	6 993	6 982	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	842	840	819	799	829	867	788	826	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	17,9	18,7	17,1	17,5	19,9	18,5	18,0	19,0	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	52,6	53,4	41,4	50,0	53,8	54,9	47,3	48,4	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 875	...	2 532	1 471	1 078
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	909	...	891	879	804
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,6	98,2	.	.	97,8	95,5
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	136,8	142,0	.	.	140,3	120,6

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Ab März 1988 vorläufige Ergebnisse. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1

10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	486	428	431	561	628	430	536	560	544
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	425	388	403	510	578	396	469	509	495
*2 Wohnungen	Anzahl	47	26	22	32	37	26	47	36	35
*Rauminhalt	1 000 m³	345	306	293	392	428	313	395	404	398
*Wohnfläche	1 000 m²	62	54	51	68	76	56	68	71	71
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	97	108	123	117	142	96	100	133	130
*Rauminhalt	1 000 m³	400	414	647	380	537	327	454	494	423
*Nutzfläche	1 000 m²	64	73	113	65	87	61	72	79	79
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	727	609	531	756	815	600	788	725	709
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	797,9	846,4	813,3	830,1	841,9
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	130,7	128,5	171,4	162,6	127,1
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	667,2	717,9	641,9	667,5	714,8
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	14,8	14,7	15,0	14,3	17,7
*Halbwaren	Mill. DM	47,5	47,5	46,1	56,1	57,3
*Fertigwaren	Mill. DM	604,9	655,7	580,9	597,1	639,8
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	87,3	94,7	98,4	103,5	107,4
*Enderzeugnisse	Mill. DM	517,6	560,9	484,5	493,6	532,4
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	398,0	404,9	437,3	408,3	431,0
darunter Niederlande	Mill. DM	78,5	75,9	83,6	75,2	83,6
Dänemark	Mill. DM	73,1	73,4	78,8	77,9	77,8
Frankreich	Mill. DM	72,0	73,1	75,8	65,4	80,7
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	66,0	66,9	69,3	79,9	73,8
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 105,7	p 108,7	p 103,3	p 104,2	p 113,3	p 105,0	p 108,3	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	100	p 102,9	p 98,7	p 116,5	p 131,1	p 84,4	p 102,8	p 122,7	...
FREMDENVKKEHR IN BEHERBERGUNGSSATTEN MIT 9 UND MEHR GASTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	258	257	255	348	398	176	238
darunter *von Auslandsgästen	1 000	32	32	31	34	43	19	26
*Übernachtungen	1 000	1 423	1 428	1 211	1 691	2 369	774	1 144
darunter *von Auslandsgästen	1 000	58	59	60	66	79	40	52
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 323	...	1 234	1 332	1 337
Güterversand	1 000 t	743	...	942	869	735
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	135	113	114	95	104	146	106	185	...
*Güterversand	1 000 t	159	155	157	154	149	153	128	190	...
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	10 184	10 479	14 160	11 989	11 424	13 403	11 767
(einschließlich Motorroller)										
*Personenkraftwagen	Anzahl	216	235	849	404	281	566	553
(einschließlich mit Spezialaufbau)										
*Lastkraftwagen	Anzahl	9 316	9 535	12 317	10 779	10 197	11 913	10 396
(einschließlich mit Spezialaufbau)										
*Lastkraftwagen	Anzahl	382	410	533	449	445	551	442
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 396	1 317	1 218	1 527	1 473	1 232	1 149	p 1 707	p 1 691
*Getötete Personen	Anzahl	31	28	32	32	31	30	26	p 47	p 36
*Verletzte Personen	Anzahl	1 799	1 699	1 547	1 972	1 988	1 633	1 496	p 2 197	p 2 115

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1986	1987	1987			1988			
				Monats- durchschnitt ¹⁾	April	Mai	Juni	März	April	Mai
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	73 724	76 179	74 278	74 686	75 336	76 240	76 514	76 133	76 606
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	72 255	74 711	72 795	73 255	73 876	74 799	75 072	74 669	75 173
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 721	8 868	9 251	9 157	9 493	9 126	9 130	8 742	9 259
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 384	8 685	9 012	9 064	9 275	8 968	8 922	8 650	9 097
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	337	185	239	92	218	158	208	92	161
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	5 384	4 376	4 777	4 700	4 660	4 275	4 311	4 251	4 264
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 077	3 693	4 043	4 001	3 946	3 584	3 598	3 603	3 629
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 308	684	735	699	714	692	714	649	636
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 149	61 466	58 766	59 398	59 723	61 398	61 631	61 676	61 650
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	43 173	45 288	43 673	43 839	44 067	45 386	45 517	45 546	45 614
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 977	16 178	15 093	15 559	15 656	16 012	16 114	16 130	16 035
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	50 691	54 562	51 348	51 720	51 816	54 390	54 915	55 242	54 973
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	31 571	34 412	32 021	32 382	32 429	34 163	34 669	34 979	34 674
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	24 780	27 033	24 903	25 176	25 429	27 023	27 367	27 565	27 436
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 791	7 379	7 118	7 207	7 000	7 140	7 302	7 413	7 237
*Spareinlagen	Mill. DM	19 120	20 150	19 327	19 338	19 387	20 227	20 247	20 263	20 299
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldschreibungen)	Mill. DM	13 759
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 088	1 023	3 569	.	.	3 639
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	975	990	3 367	.	.	3 560
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	63	106	55	66	58	59	64	36
*Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselprotaste (ohne die bei der Post)	Anzahl	281	227	198	222	199	185
*Wechselsumme	Mill. DM	1,9	1,7	1,4	1,4	1,2	1,0
STEUERN										
		Vierteljahres- durchschnitt				2. Vj. 87		1. Vj. 88		
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 564,8	2 711,6	.	.	2 401,6	2 773,3	.	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 827,3	1 900,2	.	.	1 674,4	1 798,4	.	.	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 323,8	1 422,2	.	.	1 251,1	1 331,1	.	.	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	249,6	257,3	.	.	203,7	252,7	.	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	29,8	36,7	.	.	44,9	43,2	.	.	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	224,2	184,1	.	.	174,7	171,3	.	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	737,4	811,4	.	.	727,2	975,0	.	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	438,7	498,0	.	.	407,6	643,8	.	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	298,8	313,4	.	.	319,6	331,2	.	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	134,1	132,5	.	.	123,3	145,1	.	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	.	0,0	0,0	.	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	120,0	117,8	.	.	109,8	113,5	.	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	187,3	180,6	.	.	191,6	187,2	.	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	25,8	30,1	.	.	29,7	34,2	.	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	90,5	83,7	.	.	98,1	79,9	.	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	7,1	6,7	.	.	6,6	5,7	.	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	278,3	276,7	.	.	268,3	274,5	.	.	.
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,6	7,7	.	.	7,6	7,7	.	.	.
*Grundsteuer B	Mill. DM	67,5	68,9	.	.	64,1	70,9	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	193,5	190,7	.	.	187,9	188,6	.	.	.
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 330,4	1 401,2	.	.	1 249,7	1 444,9	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	700,1	726,1	.	.	640,0	666,4	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	479,3	527,4	.	.	472,7	633,7	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	.	13,7	0,4	.	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 518,6	1 549,2	.	.	1 360,6	1 591,8	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	865,8	895,4	.	.	792,8	864,9	.	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	448,5	458,0	.	.	362,5	540,1	.	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,9	15,3	.	.	13,7	0,4	.	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	510,3	519,2	.	.	488,7	275,9	.	.	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	159,7	160,2	.	.	160,5	189,4	.	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	265,9	273,1	.	.	247,8	0,5	.	.	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1986	1987	1987			1988			
			April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGEBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	101,0	94,4	94,2	94,4	94,9	93,6	94,1	94,6	...
Ausfuhrpreise	116,8	115,5	115,2	115,4	115,5	116,8	117,4	117,8	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	104,7	99,7	98,8	99,1	99,7	100,0	100,6	101,2	...
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾ 1985 = 100	97,5	95,1	94,6	94,7	94,8	95,5	95,8	96,0	...
Landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	97,2	93,9	95,3	93,9	93,9	94,2	p 92,3	p 91,4	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	116,2	118,6	.	118,5	.	.	.	120,9	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	108,4	103,9	104,8	104,6	104,3	103,9	104,0	p 103,9	...
Einzelhandelspreise	117,3	117,8	117,9	118,2	118,2	118,2	118,6	118,7	119,0
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	120,7	121,0	121,0	121,1	121,3	121,9	122,2	122,4	122,6
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	117,6	117,0	117,9	118,3	118,0	116,9	117,4	117,6	118,2
Bekleidung, Schuhe	120,6	122,2	122,0	122,0	122,1	123,3	123,5	123,6	123,6
Wohnungsmieten	126,4	128,7	128,3	128,4	128,6	130,7	130,9	131,2	131,4
Energie (ohne Kraftstoffe)	116,4	106,1	105,1	104,7	106,0	102,4	103,4	103,1	102,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	119,1	120,5	120,3	120,4	120,5	121,6	121,7	121,8	121,9
LÖHNE UND GEHALTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	715	735	726	.	.	.	747	.	.
darunter *Facharbeiter	746	768	759	.	.	.	781	.	.
*weibliche Arbeiter	496	515	511	.	.	.	531	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	470	488	490	.	.	.	502	.	.
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,53	18,07	17,93	.	.	.	18,73	.	.
darunter *Facharbeiter	18,38	18,95	18,80	.	.	.	19,64	.	.
*weibliche Arbeiter	12,60	13,13	13,00	.	.	.	13,59	.	.
darunter *Hilfsarbeiter	12,00	12,49	12,41	.	.	.	12,88	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,7	40,5	40,5	.	.	.	39,9	.	.
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,2	39,3	.	.	.	39,1	.	.
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 273	4 456	4 416	.	.	.	4 600	.	.
*weiblich	2 925	3 051	3 021	.	.	.	3 151	.	.
Technische Angestellte									
*männlich	4 370	4 543	4 490	.	.	.	4 674	.	.
*weiblich	2 839	2 958	2 933	.	.	.	3 061	.	.
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 425	3 554	3 531	.	.	.	3 665	.	.
*weiblich	2 347	2 433	2 400	.	.	.	2 509	.	.
Technische Angestellte									
männlich	3 436	3 462	3 432	.	.	.	3 673	.	.
weiblich	2 192	2 219	2 167	.	.	.	(2 494)	.	.
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 699	3 845	3 815	.	.	.	3 971	.	.
weiblich	2 509	2 606	2 574	.	.	.	2 593	.	.
Technische Angestellte									
männlich	4 304	4 466	4 416	.	.	.	4 611	.	.
weiblich	2 789	2 898	2 869	.	.	.	3 049	.	.

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken
 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN B

Erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ³⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1) in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau 2) in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslandsgästen
1983	17	14	12	1 153	8 146	3 541	1 118	6 761	2 859	270	16 523	505
1984	12	16	13	1 170	10 081	4 158	1 176	8 526	2 832	278	16 328	498
1985	9	10	21	1 181	10 033	4 639	1 313	8 475	2 940	321	16 322	583
1986	8	9	32	1 190	9 574	4 776	1 434	8 007	3 096	380	17 076	698
1987	7	7	29	1 197	10 156	4 858	1 521	8 614	3 088	378	17 137	709

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden				Spar-einlagen ⁶⁾ am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ⁴⁾	Lkw ⁵⁾	Unfälle	Getötete	Verletzte	insgesamt		Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM		
								Hilfe zum Lebensunterhalt					
								Aufwand in Mill. DM				Aufwand in Mill. DM	
1983	1 198	34	1 022	54	18 394	519	23 592	15 667	863,5	298,5	68,4 ^a	62,0	
1984	1 229	37	1 049	54	17 659	442	22 515	16 231	927,9	330,1	83,2	64,8	
1985	1 249	38	1 067	54	16 270	377	20 714	17 830	1 005,1	391,7	84,8 ^a	66,9	
1986	1 291	40	1 107	53	16 751	371	21 591	19 119	1 137,7	459,4	100,1	71,7	
1987	1 327	41	1 140	53	15 808	337	20 383	20 150	1 222,7	486,3	...	72,2	

Jahr	Steuern ⁷⁾								Fundierte Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände 8)	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
1983	4 811	5 174	1 821	2 720	5 546	3 961	948	474	727	12 564	2 886	2 220
1984	4 846	5 391	1 895	2 666	5 787	4 116	926	473	759	13 768	2 949	2 252
1985	4 990	5 755	1 950	2 640	6 154	4 425	978	466	776	14 648	2 993	2 287
1986	5 322	6 074	2 041	2 950	6 425	4 496	998	480	774	15 538	3 131	2 423
1987	5 605	6 197	2 077	3 245	6 690	4 850	1 029	471	763	17 047	3 241	2 509

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet 1980 = 100						Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise ⁹⁾			Lebenshaltung aller privaten Haushalte			Industriearbeiter ¹⁰⁾		Angestellte in Industrie 10) und Handel			öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte	landwirtschaftlicher Produkte	für Wohngebäude	insgesamt	Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte		
1983	115,8	108,2	111,2	115,6	114,3	671	454	3 392	2 270	3 925	3 284	2 442	
1984	119,2	106,9	114,0	118,4	116,0	686	467	3 492	2 363	4 042	3 284	2 454	
1985	121,8	103,1	114,5	121,0	116,9	699	481	3 610	2 456	4 186	3 388	2 530	
1986	118,2	97,2	116,2	120,7	117,6	715	496	3 699	2 509	4 304	3 505	2 616	
1987	115,6	p 94,0	118,6	121,0	117,0	735	515	3 845	2 606	4 466	3 622	2 703	

1) Errichtung neuer Gebäude 2) 1. Förderungsweg 3) Nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen, ab 1984: Ausländer einschließlich DDR 4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) einschließlich mit Spezialaufbau
 6) ohne Postspareinlagen 7) Quelle für staatliche Steuern: Der Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein
 8) einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände 9) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer
 10) einschließlich Hoch- und Tiefbau 11) Endgehalt. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) Hochgerechnetes Ergebnis einer Repräsentativ-Erhebung

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 24. 5. 1987			Bevölkerungsveränderung im Mai 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden im Juni 1988 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat ¹⁾	Vorjahres- monat						
		in %							
FLensburg	85 361	+ 0,0	.	- 2	19	17	47	1	55
KIEL	244 164	+ 0,0	.	- 44	162	118	186	-	224
LOBECK	208 085	- 0,1	.	- 89	- 170	- 259	134	-	160
NEUMONSTER	77 580	- 0,1	.	- 4	- 91	- 95	35	-	41
Dithmarschen	128 037	- 0,1	.	- 23	- 95	- 118	76	3	97
Hzgt. Lauenburg	157 605	- 0,0	.	- 44	41	- 3	79	1	88
Nordfriesland	160 479	+ 0,1	.	32	138	170	120	2	161
Ostholstein	196 680	+ 0,1	.	- 47	234	187	128	2	165
Pinneberg	262 787	- 0,0	.	- 19	- 8	- 27	145	2	177
Plön	117 895	- 0,1	.	1	- 64	- 63	89	1	113
Rendsburg-Eckernförde	247 264	- 0,1	.	- 17	- 139	- 156	171	4	206
Schleswig-Flensburg	182 681	-	.	4	- 4	0	110	7	151
Segeberg	219 066	+ 0,1	.	5	175	180	164	6	226
Steinburg	125 760	- 0,4	.	12	- 565	- 553	85	3	110
Stormarn	198 415	+ 0,1	.	- 11	128	117	122	4	141
Schleswig-Holstein	2 611 859	- 0,0	.	- 246	- 239	- 485	1 691	36	2 115

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1988		
	Betriebe am 30. 6. 1988	Beschäftigte am 30. 6. 1988	Umsatz ⁴⁾ im Juni 1988 Mill. DM	insgesamt ⁵⁾	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	70	8 523	216	36 970	33 166	388
KIEL	125	21 801	322	103 362	92 974	381
LOBECK	139	20 342	295	87 610	78 774	378
NEUMONSTER	68	10 004	124	37 055	33 157	426
Dithmarschen	65	6 180	250	70 581	57 427	448
Hzgt. Lauenburg	96	7 771	111	82 579	71 991	457
Nordfriesland	59	2 895	74	85 747	70 035	437
Ostholstein	80	6 183	121	95 823	82 779	421
Pinneberg	187	20 293	343	136 573	119 732	456
Plön	47	2 584	39	63 703	54 094	459
Rendsburg-Eckernförde	125	9 795	207	132 400	111 985	453
Schleswig-Flensburg	81	5 017	136	99 189	81 354	445
Segeberg	165	16 784	346	130 065	112 707	515
Steinburg	82	9 022	215	70 496	58 501	463
Stormarn	156	17 560	450	108 954	96 677	488
Schleswig-Holstein	1 545	164 754	3 247	1 341 107	1 155 353	442

1) 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 6. 1988	Kurzarbeiter Monatsmitte Juni 1988	offene Stellen 30. 6. 1988	Schweine insgesamt am 3. 4. 1988	Rindvieh am 3. 12. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	101	5	7	1 647,3	1 497	480
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	96	3	5	6,4	12	3
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	313	10	19	7 581,3	3 221	1 010
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	43	2	2	7,6	16	5
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	734	91	43	6 248,9	1 950	567
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	145	8	17	1 152,8	788	253
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	102	6	10	578,9	579	202
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	194	24	45	2 392,6	1 708	626
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	260	22	40	4 094,7	5 048	1 909
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	48	15	3	41,3	69	23
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	95	3	11	3,1	1	0
Bundesgebiet	61 142,5	+ 0,8	+ 0,2	2 131	190	201	23 754,7	14 887	5 077

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Wohnungswesen im März 1988		
	Beschäftigte am 30. 4. 1988 in 1 000	Umsatz ²⁾ im April 1988		Beschäftigte am 31. 3. 1988	zum Bau genehmigte Wohnungen			
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	163	3 073	27	36	14	600	.	
Hamburg	134	5 245	12	20	13	292	.	
Niedersachsen	636	12 588	33	93	13	1 924	.	
Bremen	75	1 554	34	10	15	18	.	
Nordrhein-Westfalen	1 933	34 742	30	213	13	2 672	.	
Hessen	623	13 706	22	81	15	1 256	.	
Rheinland-Pfalz	364	7 214	38	56	15	1 115	.	
Baden-Württemberg	1 426	22 485	32	164	18	3 409	.	
Bayern	1 345	20 137	34	185	17	4 929	.	
Saarland	133	2 246	32	15	15	219	.	
Berlin (West)	161	3 667	11	31	16	304	.	
Bundesgebiet	6 993	126 656	30	903	15	16 738	.	

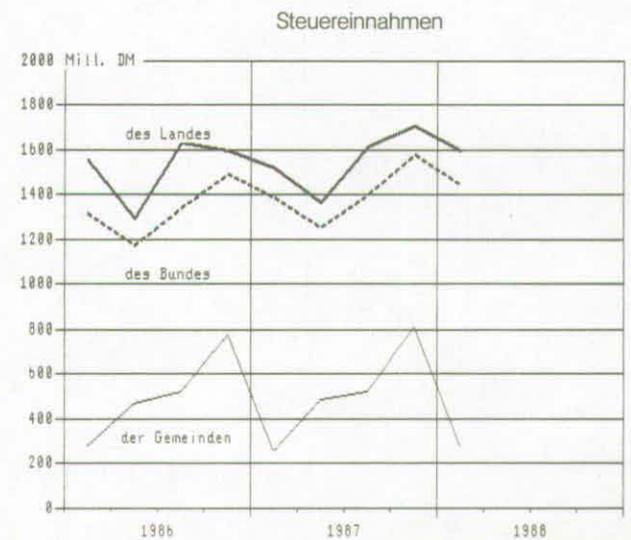
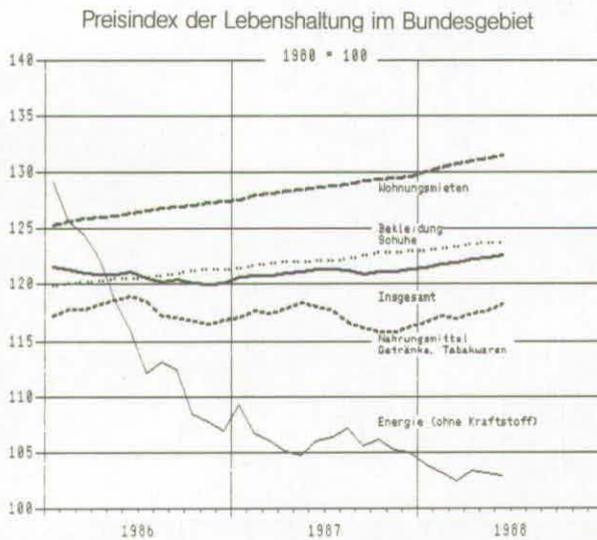
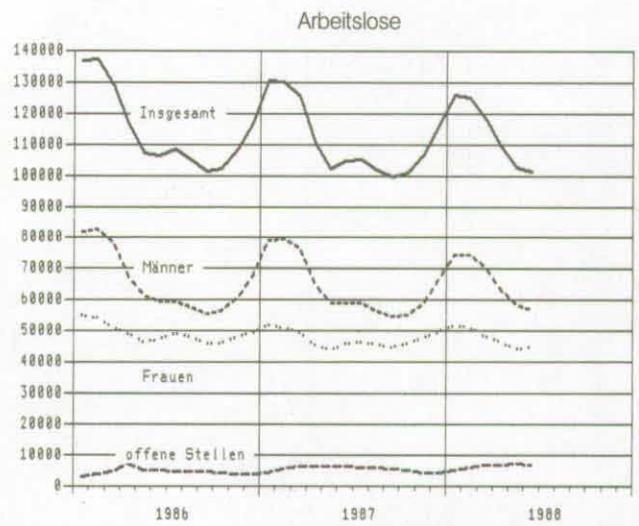
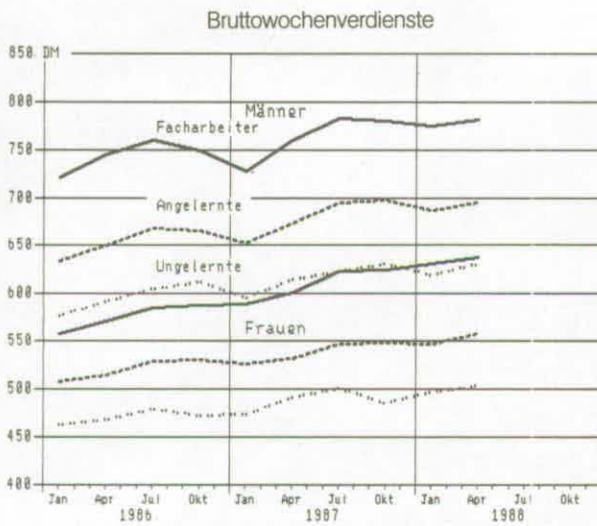
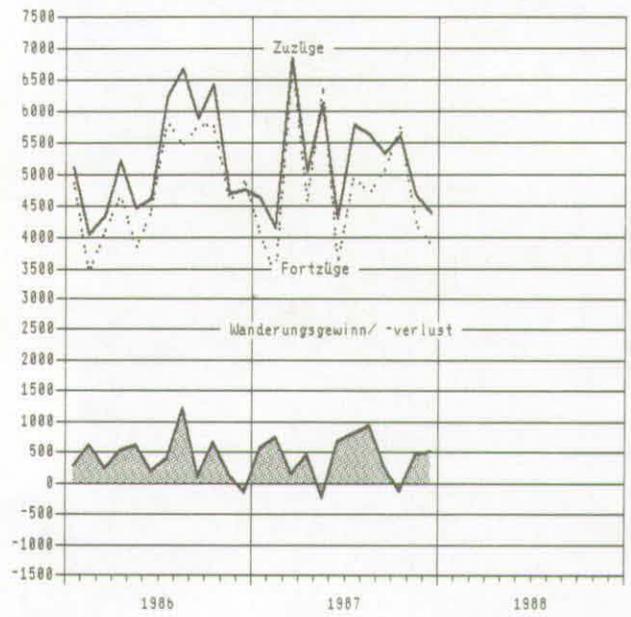
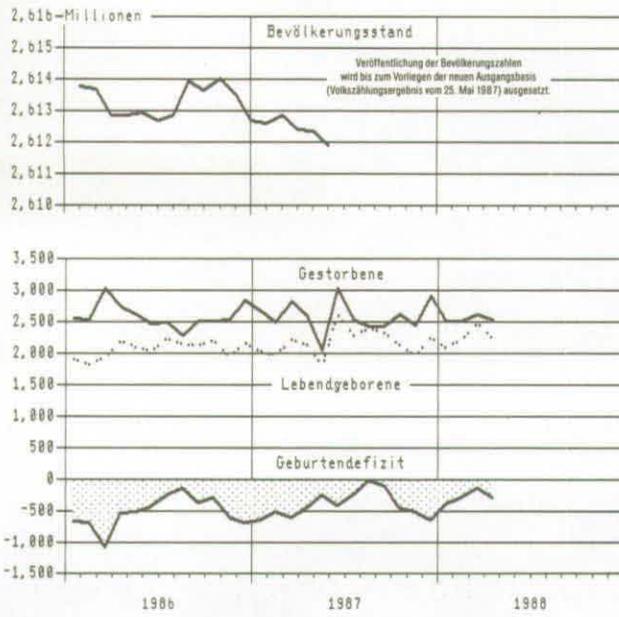
Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. 7. 1987			Straßenverkehrsunfälle ⁷⁾ mit Personenschaden im April 1988				Bestand an Spar- einlagen ⁸⁾ am 30. 4. 1988 in DM je Einw.	Steuereinnahmen				
	ins- gesamt ⁵⁾ in 1 000	Pkw ⁶⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner					im 1. Vierteljahr 1988					
								in DM je Einwohner					
	Schleswig-Holstein	1 338	1 140	...	1 149	26	1 496	132	7 750	588	561	.	
Hamburg	696	624	...	860	6	1 117	131	11 090	835	3 153	.		
Niedersachsen	3 814	3 225	...	3 221	92	4 169	132	9 634	585	535	.		
Bremen	290	260	...	-	-	-	-	10 837	700	1 451	.		
Nordrhein-Westfalen	8 388	7 441	...	6 773	146	8 680	130	10 519	657	985	.		
Hessen	3 134	2 703	...	2 488	80	3 260	134	12 069	750	991	.		
Rheinland-Pfalz	2 079	1 739	...	1 676	39	2 232	136	11 298	647	679	.		
Baden-Württemberg	5 272	4 443	...	4 063	100	5 368	135	12 513	736	901	.		
Bayern	6 315	5 113	...	4 833	139	6 532	138	12 703	666	752	.		
Saarland	555	491	...	454	11	620	139	10 207	583	647	.		
Berlin (West)	774	676	...	956	15	1 144	121	9 608	569	1 337	.		
Bundesgebiet	32 656 ^{a)}	27 855 ^{a)}	...	26 847 ^{b)}	670 ^{b)}	35 079 ^{b)}	133 ^{b)}	11 166	668	907	.		

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) Vorläufige Werte 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen 7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige
 Zahlen 8) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn b) Bundesgebiet ohne Bremen

Entwicklung im Bild

D 5607 Stat LA S-H (A)

Bevölkerungsstand und -veränderung



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (0431) 689 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -